Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926. Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253. Dienstag, den 30. Oktober 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das deutsche Panama.

Etliche Scharfmacherblätter, die selbst kein reines Gewissen haben, träumten davon, daß sich die Wogen des Falles Posadowsky-Woedtke bereis geglättet hätten, und daß sich lediglich später, im Reichstage, noch ein kleiner Nachhall davon spüren lassen würde. Indessen haben sie die Rechnung ohne den Wirth, ohne die Sdzialdemokratie gemacht. Unser Leipziger Parteiorgan heizt in seiner neuesten Nummer den Freunden der Scharfmacherclique im Reichsamt des Innern aufs Neue ein und zwar kommt jetzt das Reichsamt noch schlimmer fort. Durch die berühmte Erklärung der amtlichen „Berl. Korr.“ angeregt, kommt die „Leipz. Volksztg.“ auf die 12 000 Mark-Spende der Scharfmacher an das Reich zurück und schreibt nun:

„Das überraschende Geständniß, das die Regierung am Donnerstag in der „Berliner Korrespondenz“ abgelegt hat, ruft in weiten Kreisen den Eindruck hervor, daß damit die ganze Angelegenheit klargestellt sei.

Dem aber ist, wie wir im Interesse der geschichtlichen Wahrheit feststellen müssen, keineswegs so, vielmehr hat gerade die Regierung in allerdings wohl begreiflicher Verwirrung mehr gestanden als sie gestehen mußte, eine Erscheinung, die Kriminalpsychologen nicht unverständlich sein wird.

Der Fall Woedtke aus dem Jahre 1899 ist thatsächlich nicht der erste Fall, sondern bloß ein Einzelfall gewesen.

Wir sind in der Lage, feststellen zu können, daß der von uns am 22. Oktober veröffentlichte Brief des Generalsekretärs **Bueck**, dessen **Echtheit unbestritten** ist, auch in seinem Datum bis auf das letzte Tipfelchen stimmt. Er ist geschrieben am 3. August 1898.

Wenn die „Berliner Korrespondenz“ des Briefes keinerlei Erwähnung thut, wenn sie nichts davon wissen will, daß bereits im Sommer 1898 das Reichsamt des Innern um Geld für Arbeitertrutzagitation beim Zentralverbande supplizirte, so liegt der Verdacht nahe, daß die Regierung Gründe hat, den leichteren Fall zu beichten, um über schwerere Fälle hinwegzukommen. Wenn wir gestern ganz bedingungsweise bei der Datumsfrage die „Möglichkeit eines Schreibfehlers“ in Betracht gezogen haben, so haben wir heute alle Ursache, die „Möglichkeit“ als ausgeschlossen zu bezeichnen. Warum aber hat sich das Reichsamt des Innern über das Geschehniß des Jahres 1898, das Herrn Bueck zu dem bemerkenswerthen und gar nicht schmeichelhaften Worte vom „etwas eigenthümlichen Verlangen“ herausgefordert hat, so gründlich ausgeschwiegen? Seine Angaben über die Verwendung der im Jahre 1899 empfangenen Hilfsgelder des Zentralverbandes erscheinen gerade in diesem Zusammenhange in ihrer Glaubwürdigkeit stark erschüttert.

Es ist bekannt, daß der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 22. August 1900 einen vertraulichen, von dem Vorsitzenden des Centralverbandes Th. Haßler und dem Generalsekretär H. A. Bueck unterzeichneten Aufruf an die Mitglieder des Centralverbandes veröffentlicht hat, worin an diese die Bitte erneuert wurde, „einen freiwilligen Beitrag zu dem Preßfonds zu leisten, der bekanntlich getrennt von den aus den ordentlichen Beiträgen der Mitglieder gebildeten Mitteln des Centralverbandes verwaltet und hauptsächlich zur Herausgabe der „Neuen Reichskorrespondenz“ verwendet wird“. Diese Korrespondenz, die kostenfrei an 465 Zeitungen versendet wird, dient „dem energischen Kampf gegen die Umsturzparteien“. Der Schlußsatz lautet: „Wir gestatten uns noch zu bemerken, daß die in dieser Art von den einzelnen Mitgliedern gewährten freiwilligen Beiträge zwischen 10 und 5000 Mark schwanken.“ (Der „Volksbote“ hat den „vertraulichen Aufruf“ unter dem Titel „Preßfäulniß“ in Nummer 196 ds. Js. veröffentlicht. Red. des „L. V.“)

Dieser Aufruf erschien im „Vorwärts“ ohne Datum.

Wir stellen fest, daß dieser Aufruf — und auch dieses Datum ist unwiderleglich genau — vom

20. Mai 1895

datirt ist.

Wir stellen des Weiteren fest, daß dieser Preßfonds noch heute besteht und in der Kasse der Direktion der Diskonto-Gesellschaft Berlin W., Unter den Linden 35, ruht, und daß dieser Hort der Nibelungen seit 1895 erklecklich gewachsen ist.

Es liegt also die Annahme nahe, daß die Regierung, deren intime Beziehungen zu dem Centralverband schon seit v. Boettichers Zeiten bekannt sind, die Subsidiengelder für publizistische Zwecke bei der zuständigen „Instanz“, der gesonderten Preßfondsverwaltung, erbeten und erhalten hätte. Der Preßfonds wäre gewiß in der Lage, Kleinigkeiten von 12 000 Mark ohne viel Aufhebens zu leisten. Man weiß ja — man denke nur an Schweinburg und seine Spießgesellen — daß die Scharfmacher sich bei Ausgaben für Preßzwecke nicht lumpen lassen.

Das Bittgesuch des Reichsamts des Innern aber, das in dem Bueckschen Briefe vom 3. August 1898 behandelt wird, hat nichts mit dem Preßfonds zu thun, sondern wendet sich an die „Industrie“ schlechthin. Die „zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ geforderten 12 000 Mark werden aufgebracht nicht aus dem Preßfonds, sondern durch die Privatwohlthätigkeit mehrerer Großindustrieller, unter denen „Exzellenz Krupp“ sich mit den üblichen 5000 Mk. einstellt.

Aus allen diesen Erwägungen scheint hervorzugehen, daß es sich nicht um eine publizistische Agitation handelt, daß die

12 000 Mark von 1898
für andere „agitatorische“ Zwecke

gebraucht worden sind.

Wären es Gelder für Preßzwecke gewesen, so hätte Bueck im Jahre 1898, zu einer Zeit, da die innige Verschwisterung der offiziösen und der Scharfmacher-Presse feststand, seinen Brief nicht in so — sagen wir absprechendem Ton von oben herab gehalten und das Verlangen der Regierung nicht „etwas eigenthümlich“ gefunden.“ — — —

Die amtlichen Blätter, wie „Reichsanz.“ und „Berl. Korr.“ werden nicht umhin können, auf diese neuen Enthüllungen zu antworten. Hoffentlich geschieht es aber in ausgiebigerem Maße als bei der ersten Notiz. Eins ist jedoch vor Allem zu wünschen, daß der verantwortliche Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, nicht vorher „kneift“, sondern im Reichstage noch Rede und Antwort steht; er hat anscheinend noch mehr auf dem Gewissen, seine Beichte ist noch nicht vollständig. Es ist durchaus nothwendig, daß das Handsalben-Verhältniß zwischen dem Reichsamt und der Scharfmacherclique völlig aufgeklärt wird. Das arbeitende Volk in Deutschland hat ein Recht darauf, alles zu wissen. Es soll endlich auch urkundlich erfahren, daß es die Zuchthausvorlage, die „glänzende“ Krönung der deutschen Sozialreform, lediglich dem Umstande zu „verdanken“ hatte, daß die Leiter des Reichsamts des Innern sich als gehorsame „Kommis des Unternehmerthums“ fühlten und selbst vor einem Panama nicht zurückschreckten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Wiedereinbringung der Seemannsordnung wird offiziösen Blättern gemeldet: Ehe der Bundesrath zu dem Entschluß kam, die in der vorigen Tagung des Reichstages nicht erledigte Seemannsordnung dem Reichstage wieder unverändert vorzulegen, hatte in Frage gestanden, die von der Kommission des Reichstages, an die diese Vorlagen zur Vorberathung verwiesen waren, beschlossenen Abänderungen zu berücksichtigen und die Entwürfe demgemäß umzuarbeiten. Die Ausschüsse des Bundesraths entschieden sich jedoch nach eingehender Erwägung, hiervon Abstand zu nehmen, und zwar vorwiegend deshalb, weil die Berathungen der Reichstagskommission nicht über die erste Lesung der Entwürfe hinausgekommen waren, also nicht endgültige Beschlüsse von dieser Seite darstellen. Das Plenum des Bundesraths hat sich dieser Auffassung um so bereitwilliger angeschlossen, als die von der Kommission in erster Lesung vorgenommenen Aenderungen zu den ohnehin umstrittensten Punkten der überaus schwierigen Materie gehören und sich die Stellungnahme des Reichstags selbst dazu noch gar nicht abiehen läßt. — Die Offiziösen sollten ehrlich sein und erklären, daß der Bundesrath deshalb Abstand genommen hat, die Seemannsordnung in der Gestalt der Kommissionsfassung einzubringen, weil die Kommission einige wenige Verbesserungen zu Gunsten der Seeleute in derselben vorgenommen hatte. Der Reichstag soll daher noch einmal von vorn anfangen, vielleicht fallen dann die Beschlüsse mehr zu Gunsten der Rheder aus.

Gegenüber den agrarischen Bemühungen, für einen Doppeltarif den neuen Rrichskanzler zu gewinnen, ist die „Köln. Ztg.“ offiziös aus Berlin angewiesen worden, „festzustellen“, daß der Wirthschaftliche Ausschuß sich eines Beschlusses zu Gunsten der Aufstellung eines Doppeltarifes überhaupt enthalten hat. Die „Vorzüge“ und Nachtheile einer solchen grundsätzlichen Neuerung seien allerdings bei den letzten Berathungen im Wirthschaftlichen Ausschuß eingehend erörtert worden, man habe es aber mit Absicht unterlassen, über diese Frage, die zunächst der Entscheidung des Reichskanzlers unterliegt, einen förmlichen Beschluß herbeizuführen. — Diese Richtigstellung ist, nach der „Freis. Ztg.“, offenbar vom Reichskanzler veranlaßt worden und kann als Antwort auf die Eingabe des Vorstandes des Bundes der Landwirthe vom 18. Oktober betrachtet werden, worin die Agrarier dem Reichskanzler ihr „Befremden“ ausdrückten, daß in dem Entwurf des neuen Zolltarifs die Frage nach Einführung eines Doppeltarifs „regierungsseitig überhaupt noch als eine offene betrachtet zu werden scheint.“

Der Etat für Kiautschou ist dem Bundesrath zugegangen. Er balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 11 050 000 Mk. gegen 9 993 250 Mk. im laufenden Etatsjahr. Der Reichszuschuß für das neue Etatsjahr soll 10 050 000 Mk. gegen 9 780 000 Mk. im laufenden Etatsjahr betragen. Im neuen Etatsjahr belaufen sich die fortdauernden Ausgaben auf 4 383 399 Mk., die einmaligen auf 6 575 000 Mk. 91 601 Mk. sind als Reservefonds angesetzt. Zur näheren Begründung der einmaligen Ausgaben wird eine Denkschrift über die Entwicklung Kiautschous im Jahre 1900 vorbereitet, die dem Reichstag im Januar nächsten Jahres zugehen soll. Im Extraordinarium sind angesetzt zu Hafen- und Tiefbauten, einschließlich Landerwerb, 3 385 000 Mk., zu Hochbauten 1 590 000 Mk., zur Betheiligung an der Beschaffung von Wohn- und Arbeiterhäusern 200 000 Mk. Zur Begründung der letzteren Forderung wird bemerkt: Behufs Abhilfe der Wohnungsnoth betheiligt sich der Fiskus des Schutzgebiets an der Beschaffung von Wohn- und Arbeiterhäusern (für Europäer und Chinesen) seitens eines zuverlässigen und erfahrenen Unternehmers.

Eine bemerkenswerthe Schwenkung in der Behandlung der Bülow'schen Reichskanzlerschaft hat sich, wie die „Frankf. Ztg.“ feststellt, auf konservativ-agrarischer Seite vollzogen. Während der neue Kanzler von jener Seite zuerst mit mehr oder minder deutlichem Unbehagen aufgenommen wurde, mausern sich die Organe jetzt allmählich zu einer Art Bülow-Enthusiasmus durch und — das ist ja das neueste Schlagwort — werfen den „freihändlerischen“ Organen zugleich „Intriguen“ vor, um den Grafen Bülow zu einer antiagrarischen Politik zu veranlassen. — Es ist nicht nöthig, auf diesen Vorwurf ein Wort zu erwidern, sonst könnte man leicht auf die „Deutsche Tagesztg.“ hinweisen, die dem neuen Kanzler und Ministerpräsidenten bereits mit einer Kanalniederlage droht, falls er den Agrariern nicht willfährig ist.

Das heimische Heer und der China-Kampf. Von militärischer Seite wird den „Leipziger Neuesten Nachr.“ geschrieben:

„Die China-Expedition bleibt nicht ohne nachtheilige Einwirkung für die Armee. Nicht nur im Offizierkorps, sondern auch im Ersatz des Unteroffizierkorps hat die ostasiatische Expedition bedeutende Lücken hervorgerufen. Denn infolge der zahlreichen Meldungen von Freiwilligen zu den ostasiatischen Regimentern wurde ein beträchtlicher Theil der zur Beförderung zum Unteroffizier geeigneten Elemente der Mannschaft von den ostasiatischen Regimentern absorbirt, so daß sich heute ein gewisser Mangel an Unteroffizier-Ersatz, namentlich bei den Truppentheilen der Infanterie, fühlbar zu machen beginnt.“

Soll die Notiz einer Erhöhung der Unteroffiziersprämien vorarbeiten?

Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar haben mit einer noch nie dagewesenen starken Betheiligung am Freitag begonnen. In Apolda siegte in allen Bezirken mit 674 gegen 280 Stimmen unsere Liste. Neugewonnen ist Ilmenau, damit zieht der zweite

Sozialdemokrat in den Landtag ein. In Eisenach wurden 50 freisinnige und 11 nationalliberale Wahlmänner gewählt. Das Mandat fällt daher dem freisinnigen Kandidaten zu. Nach der „Frkf. Ztg.", die gleichzeitig ein starkes Anwachsen der Opposition im ganzen Lande konstatirt, haben die Freisinnigen auch Kaltennordheim gewonnen.

Die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat in der ersten Hälfte des Etatsjahres 1900 insgesamt 384,5 Millionen Mark oder 16,3 Millionen mehr ergeben, wie in dem gleichen Zeitraume des Vorjahres. An dem Mehr nehmen die Zölle mit 7,9 Millionen, die Zuckersteuer mit 8,4, die Salzsteuer mit 1,2, die Branntweinmaterial- und die Brausteuer mit je rund ½ Millionen Mark theil, während auf die Branntweinverbrauchsabgabe ein Weniger von 2,4 Millionen Mark entfällt. Während so die Einnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern gegenüber dem Vorjahre ein sehr günstiges Ergebniß liefert, zeigt sie gegenüber den Etatsanschlägen das gleiche Aussehen nicht. Den 384,5 Millionen Isteinnahme während der ersten Hälfte 1900 steht die Hälfte des Etatsansatzes mit 394,7 Millionen gegenüber; die Isteinnahme würde danach gegenüber dem Etat um 10 Mill. Mark zurückbleiben. An dem Weniger sind die Zölle mit nahezu 15, die Tabaksteuer mit 1, die Salzsteuer mit 1, die Branntweinmaterialsteuer mit 4 Millionen betheiligt, während gegen die Etatsansatzhälfte die Zuckersteuer über 7, die Branntweinmaterialsteuer 3 Millionen Mark und die Brausteuer nahezu 1 Million Mark mehr erbrachten. Andere Einnahmezweige des Reichs weisen auch jetzt schon Ueberschüsse über den Etatsansatz auf, so die Reichsstempelabgaben. Die Hälfte des Etatsansatzes beläuft sich für sie auf 26,4 Millionen, sie haben in Wirklichkeit 30,7 Millionen eingebracht. Das Mehr hat lediglich die Börsensteuer verursacht, die einem Ansatze von 15,7 Millionen Mark gegenüber 20,7, also gerade 5 Millionen Mark mehr eingebracht hat, während die Einnahme aus der Lotteriesteuer etwas gegen den Etat zurückgeblieben ist. Man wird angesichts der gesetzlichen Steigerung der Steuersätze bei diesen Einnahmequellen auf recht beträchtliche Ueberschreitungen der Etatsansätze am Ende des Rechnungsjahres hoffen können. Die Einnahmen der großen Reichsbetriebsverwaltungen weisen auch Ertragssteigerungen gegen das Vorjahr auf. In der Post- und Telegraphenverwaltung belaufen sie sich auf 9,8 und in der Eisenbahnverwaltung auf 3,8 Millionen Mark.

Ein reizend ausgestattetes Buch, so recht für den Weihnachtstisch geeignet, ist soeben im Verlage des Reichsamts des Innern erschienen und dürfte zahlreiche Abnehmer unter den Staatsmännern finden, die in der Lage sind, schwierige Gesetzentwürfe im Reichstage durchsetzen zu müssen. Einige Proben werden genügen, um den vornehmen Geist, mit dem die delikate Materie behandelt ist, erkennen zu lassen.

I) P. P.

Wie wir hören, legen Sie als Großgrundbesitzer Werth auf die Getreidezoll-Erhöhung. Leider ist das Reichsamt des Innern selber nicht in der Lage, die Agitation hierfür genügend in die Wege zu leiten. Bei dem bekannten Opfermuth der Freunde der Landwirthschaft glauben wir nicht fehl zu gehen, wenn wir Sie auffordern, in Ihren Kreisen durch eine Sammlung die Summe von 15 000 Mark aufzubringen.

II) Herrn Schlachtermeister Müller.

Der Herr Staatssekretär hat mit Vergnügen bemerkt, daß Sie vorzügliche Wurstwaaren führen; allerdings scheint ihm der Preis dafür viel zu gering. Hier kann nur ein tüchtiger Schutzzoll helfen. Sie werden daher gesucht, sich an einer Agitation für Grenzsperren und Viehzoll durch einen Beitrag von 500 Mark zu betheiligen. Auch werden Viktualien für die Wanderredner und die Redakteure der uns zu Gebote stehenden Blätter dankbar angenommen.

Das Reichsamt des Innern.
v. R.

III) Muster für das Arbeitsministerium.

Herrn Fabrikbesitzer X. in Y.

Wahrscheinlich werden wir im Laufe der nächsten Jahre die Kanalvorlage wieder einbringen, die, zur Förderung der Industrie bestimmt, auch Ihnen zu Gute kommen soll. Leider sind aber die Mittel der Staatskasse zu sehr erschöpft, als daß die Regierung die Agitation durch größere Geldsummen in Fluß erhalten könnte. Es dürfte sich empfehlen, wenn Sie in Ihrer Interessentengruppe 30 000 Mark aufbringen wollten, die zu diesem Zwecke verwendet werden sollen.

IV) Herrn Pfarrer N. N.

Im Auftrage Seiner Exzellenz . . . . . beehre ich mich Sie zu bitten, für die lex Heinze nicht nur selbst zu wirken, sondern auch gut situirten Pfarrkindern nahelegen zu wollen, daß der Regierung mit einer Widerbelebung der Agitation sehr gedient wäre und deshalb milde Gaben erwünscht sind.

Es darf wohl angenommen werden, sagt der „Kladderadatsch", das bekannte Witzblatt, dem wir die Veröffentlichung dieser interessanten Briefe verdanken, daß dies Musterbuch sich schnelle Bahn brechen und bald einer allgemeinen Beliebtheit in Regierungskreisen erfreuen wird. — Das zeitgemäße Buch führt den anheimelnden Titel „Der Bettelbriefsteller."

Eine zeitgemäße Erinnerung frischt der „Vorwärts" auf. Er druckt aus Anlaß der Bueck Woedtke Posadowsky-Affäre einen seiner Artikel vom Juni 1899 ab, worin er sich mit den „gelben Heften" und den Flugblättern befaßte, die zur Agitation für die Zuchthausvorlage von der Schriftenvertriebsanstalt, G. m. b. H., Berlin SW 13, herausgegeben wurden und das verlogenste Zeug der berühmten Denkschrift noch verbreiteten, selbst nachdem seine Unwahrheit schon nachgewiesen war. Der „Vorwärts" leuchtete danach dem Verlage etwas ins Gesicht und schrieb:

Gesellschafter dieses Verlags sind: a) Christlicher Zeitschriften-Verein zu Berlin, Alte Jakobstraße 129; b) Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Philipp Schwartzkopff Genthinerstraße 15; c) Graf Dr. Scholto Douglas, Landshuterstraße 15; d) Prediger Ernst Rudolf Hülle, Eichhornstraße 9; e) Geschäftsführer der Gesellschaft ist: Hülle. Gesellschafter des zu a) aufgeführten christlichen Zeitschriftenvereins sind: 1. Geheimer Regierungsrath Philipp Schwartzkopff zu Berlin; 2. Professor Adolf Lasson zu Friedenau; 3. Prediger Ernst Rudolf Hülle; 4. Prediger Hans Nonne zu Berlin; 5. Kaufmann Wilhelm Fahrenhorst in Schöneberg; 6. Rentier Friedrich Vetter in Friedenau.

Unter den Namen sind einzelne wohlbekannte: Da ist Herr Hülle, dessen Erzeugnisse sogar nach dem Zugeständniß des Grafen Posadowsky nicht immer mit der Wahrheit vereinbar sind. Ob Herr Hülle die spanische Wand repräsentirt, hinter der die Geldgeber stehen, die nicht vor der Oeffentlichkeit entblößt zu werden wünschen, wissen wir nicht. Graf Scholto Douglas ist ein schwerreicher Mann. Professor Lasson ist Dozent an der Universität, ein alter Hegelianer, in dessen Vorlesungen viel gelacht wird.

Später hatte unser Zentralorgan noch in einer Nummer den Nachweis geführt, daß einer dieser nominellen Geldgeber kein Geld haben könne oder dürfe, nämlich der Herr Fahrenhorst, der ein bestrafter Bankrotteur ist, und dann gefragt: Wer steckt dahinter, materiell und geistig? Es riecht nach Welfenfonds!

Ob Woedtke auch mit dem Hülle verkehrt hat?

Kleine politische Nachrichten. Zum Kanzlerwechsel schreibt nachträglich noch die offiziöse „Südd. Reichskorrespondenz": Selbst die nächste Umgebung des Fürsten Hohenlohe war von dessen Entschließung, die Entlassung als Reichskanzler zu beantragen, überrascht und wir wissen, daß der Kaiser sehr ungern und nur auf wiederholtes persönliches und dringendes Bitten dem von ihm so hoch verehrten und geschätzten höchsten Beamten des Reiches die Bitte, von diesem Amte entbunden zu werden, gewährt hat. — Bei der Reichstagsstichwahl am 23. d. Mts. im 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Kassel (Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen) erhielt nach amtlicher Feststellung Rudolf Vogel, praktischer Arzt in Oberweiler (Antisemit), 5003 von 8420 abgegebenen gültigen Stimmen, Bürgermeister und Landwirth Lippoldes in Weibeck (K.) 3417 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. — Die Großgrundbesitzer rüsten sich, das Fleischbeschaugesetz zu ihrem Vortheil auszunutzen. Aus Wiesbaden wird der „Deutschen Fleischerztg." mitgetheilt: Das neue Gesetz, betreffend das Verbot der Einfuhr ausländischer Konserven und Wurstwaaren, hat eine Anzahl ostpreußischer Großgrundbesitzer veranlaßt, den Bau einer großen Viehverwerthungs-Anlage in Königsberg i. P. ins Auge zu fassen. Die Projektirung dieser Anlage, die einen Kostenaufwand von etwa 3 000 000 Mark erfordert, ist dem in Wiesbaden wohnenden Ingenieur R. Anton, früheren technischen Betriebsleiter der Armee-Konservenfabriken in Mainz und Spandau, übertragen worden. — Die deutsche Einfuhr überstieg in den ersten dreiviertel Jahren 1900 nach der amtlichen „Berl. Korresp." mit 33 559 419 Tonnen die Einfuhr in demselben Zeitraum des Vorjahres um 447 342 Tonnen, die Gesammtausfuhr mit 24 101 734 Tonnen die Ausfuhr in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1 542 551 Tonnen. Der Werth der Einfuhr betrug 4239,2 Millionen Mark gegen 4233,1 Millionen in den gleichen Monaten des Vorjahres, der Werth der Ausfuhr erhöhte sich um 146,6 Millionen Mark auf 3364,4 Mill. Mark. Die Kohlenausfuhr war in den ersten dreiviertel Jahren 1900 um 1 256 541 Tonnen größer als im selben Zeitraum des Vorjahres. — In Kornyareva (Ungarn), wo vor kurzem bereits Unruhen stattfanden, machte sich wegen der Sonntag beginnenden Wiesenaufmessung neuerdings Erregung bemerkbar. Der Dorfpope wurde deshalb Freitag wegen aufreizender Reden verhaftet; Gensdarmerie und ein Bataillon Infanterie sind dorthin gesandt worden. — Der nationalistische Untersuchungsrichter Grosjean, der im Verdachte stand, s. Zt. an der Vorbereitung eines nationalistischen Staatsstreiches mitgearbeitet zu haben, hat, wie aus Paris gemeldet wird, seine Entlassung eingereicht. — Drei vor Jahresfrist ins Ausland geflohene türkische Offiziere, Husney, Urfey und Ahmed Bey, kehrten, im Vertrauen auf die ihnen vom Palais gemachten Versprechungen, nach Konstantinopel zurück. Kaum angekommen, wurden sie verhaftet und sollen wegen angeblichen Hochverraths vor ein Kriegsgericht gestellt werden; an ihrer Verurtheilung ist natürlich nicht zu zweifeln. Bisher hatte man sich begnügt, solche Leute zu überwachen, jetzt scheut man sich nicht, ihnen die gemachten Versprechungen zu brechen. — In dem amerikanischen Präsidentschafts-Wahlkampfe ist jetzt das Hauptgefecht nach dem Staate Newyork verlegt worden, dessen Besitz aller Erfahrung nach für den Sieg entscheidend ist. Daß Bryan persönlich zum Schluß noch alles, was in seiner allerdings erstaunlichen Redekunst liegt, daran setzen will, um die 36 Präsidentenwahlstimmen des Staates Newyork zu gewinnen, wird von seinen siegesgewissen Gegnern dahin ausgelegt, daß er die Hoffnung, die großen zweifelhaften Staaten im Westen, vor allem Illinois und Indiana, die zusammen 39 Wahlstimmen haben, zu gewinnen, aufgegeben habe und somit gezwungen sei, einen Verzweiflungssturm auf Newyork zu wagen.

Belgien.

Der „Attentäter" Sipido ist nunmehr in Frankreich verhaftet und an Belgien ausgeliefert worden. Ein in Begleitung eines Gendarmen zur Festnahme Sipidos nach Frankreich entsandter Polizeioffizier verhaftete den Flüchtling, welcher sich in Billaincourt bei Paris aufhielt. Sipido setzte seiner Verhaftung keinen Widerstand entgegen. Wie es heißt, wurde bei ihm ein Dolch vorgefunden. Sonnabend Vormittag traf Sipido in Brüssel ein und wurde in den Justizpalast, später nach der Besserungsanstalt St. Hubert übergeführt. — Nachdem der französische Ministerrath vom 23. Oktober die Auslieferung zugestanden hatte, war die Verhaftung des jugendlichen „Attentäters" vorauszusehen. Die Pariser Blätter tadeln die französische Regierung heftig, daß sie England gegenüber soviel Entgegenkommen gezeigt hat, zugleich verhöhnen sie auch die Rachsucht Englands.

Frankreich.

Attentatsmärchen. Das Lyoner Blatt „Novelliste de Lyon" berichtete über einen angeblichen Attentatsversuch auf den Präsidenten Loubet folgendes: „Auf dem Bahnhof von Orange wurde dieser Tage ein Elektrizitäts-Arbeiter, Namens Couturier, verhaftet. Er kam von Nimes und führte Pläne und Schriftstücke bei sich, die die Vorbereitung eines Anschlags gegen Loubet darthun. Couturier legte ein vollständiges Geständniß dahin ab, er sei von Nimes gekommen, wo er der dortigen Elektrizitäts-Gesellschaft 2500 Franks gestohlen habe. Er habe das Geld benutzen wollen, um sich nach Paris oder Lyon zu begeben, wo Präsident Loubet demnächst eintreffen soll, um dort den für einen Anschlag günstigen Zeitpunkt abzuwarten. Die Pariser Polizei erhielt, wie das Blatt hinzufügt, hiervon Kenntniß. Hamard, der Sous Chef der Sicherheitspolizei, kam nach Orange und stellte Erhebungen an. Darauf wurden strenge Befehle nach der Grenze übermittelt betreffs mehrerer Anarchisten, die an der Verschwörung theilgenommen haben sollen. Nach verschiedenen Richtungen wurden Sicherheitsbeamte entsandt, die als gefährlich bekannte Anarchisten überwachen." — In Paris mißt man der ganzen Schauergeschichte des Lyoner Blattes keinen Glauben bei und auch die Pariser Polizeipräfektur erklärt die Meldung für unrichtig. Couturier, der wegen Diebstahls angeklagt sei, habe lediglich von einer erdichteten Verschwörung erzählt, um von sich reden zu machen. Hamard habe Paris in den letzten Tagen überhaupt nicht verlassen.

Der „Kulturkampf" in Frankreich wird von dem Ministerium Waldeck-Rousseau bereits in das Stadium der Gehaltssperren übergeführt. Wie mehrere Pariser Blätter melden, verhängte die Regierung über einen Pfarrer des Departements Haute-Savoie die Gehaltssperre, weil er den Mitgliedern einer Freimaurerloge untersagte, an einem kirchlichen Leichenbegängniß mit Fahnen und Bannern theilzunehmen. Da der Bischof von Annecy in sehr scharfer Weise gegen die Maßregel protestirte, beschloß die Regierung, den Bischof wegen Mißbrauchs seines Amts vor den Staatsgerichtshof zu laden. — Erst die völlige Trennung von Staat und Kirche wird die staatliche Oberhoheit zu der Macht bringen, welche ihr als der alleinigen Verwalterin weltlicher Angelegenheiten zusteht.

Spanien.

Eine neue Krisis im spanischen Ministerium. Der derzeitige spanische Ministerpräsident, General Azcarraga, hat vor den Beamten des Marineministeriums die Erhaltung des Gleichgewichts im Budget als eine Aufgabe bezeichnet, hinter der die Verstärkung der Flotte zurückstehen müsse. Diese Worte haben genügt, um Admiral Mozo, den Marineminister seit zwei Tagen, zum Rücktritt zu veranlassen. Vielleicht ist damit wieder der Anstoß zu einer neuen Kabinetskrisis gegeben. Der einzige Rückhalt des Ministeriums Azcarraga ist die Militärpartei, die es natürlich mit Freuden begrüßt, daß in ihm das militärische Element so stark hervortritt. Eins ihrer Organe erklärte dieser Tage frech, daß, wenn der General Pavia 1874 die Cortes (Parlament) mit einem Gendarmeriepiket und und dreißig Jägern zu Fuß habe aus einander treiben können, heute zu diesem Zweck vier Mann und ein Korporal genügen würden. Will man etwa den Bluthund von Kuba, Weyler, ermuntern, dem Beispiel des Generals Pavia nachzueifern?

Rußland.

Auf dem Wege nach Indien. In einem ersichtlich inspirirten Artikel lenkt der Pariser „Temps" die Aufmerksamkeit auf die jüngsten geheimen Verhandlungen zwischen Rußland und Tibet. Der Zar empfing unlängst in Livadia den Abgesandten des Talailama. Rußlands Absichten auf den chinesischen Vasallenstaat seien unverkennbar.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Transvaal ist jetzt feierlich als ein Bestandtheil des britischen Reiches proklamirt worden. Daß dies geschehen würde, war ja vorauszusehen, daß es aber gerade jetzt geschieht, entbehrt nicht eines gewissen grimmen Humors, denn die Herrschaft der Engländer in Transvaal wie nicht minder im ehemaligen Oranje-Freistaat wird gerade jetzt wieder von den eigentlichen Herren des Landes, den Buren, lebhaft bestritten. Der erbitterte Kleinkrieg, der seit etwa zwei Wochen wieder im Gange ist, ist zwar aussichtslos für die Buren, aber er kostet doch den Engländern viele Leute, er verlangt von ihren Generalen und Mannschaften die Anspannung aller Kräfte. Das Niederkämpfen des letzten Widerstandes der Buren wird den britischen Feldherren vor allem dadurch erschwert, daß er nicht bloß in einem Winkel des Landes geleistet wird, sondern an allen Ecken des Burenterritoriums, ja sogar neuerdings in Natal. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Durban machten 100 Buren am Donnerstag Morgen einen kühnen Versuch, die neue Brücke über den Waschbank-Fluß zu sprengen. Ein Eisenbahnzug mit Truppen hatte Dundee um Mitternacht verlassen und erreichte den Waschbank noch rechtzeitig, um die Buren anzugreifen, die bereits auf beiden Seiten der genannten Station die Bahn zerstört und das Stationsgebäude in Brand gesteckt hatten. Die Buren nahmen auch einen Güterzug, dessen Lokomotive mit vier Wagen sie mit Volldampf auf die Brücke zuschickten, um dieselbe zu zerstören. Wegen der Steigung der Bahn kam aber der Zug zum Stillstehen, ohne daß er Schaden anrichtete. Man glaubt, daß diese Buren Natal'sche „Rebellen" waren.

Im südlichsten Theil des Freistaates sind die Burenschwärme den Engländern besonders unbequem. Hier fechten die Buren mit einer Energie, wie kaum in den ersten Monaten des Krieges. Sollen sie doch sogar, wie schon gemeldet, die britische Garnison in Jakobsdal, unweit der westlichen Grenze des Freistaats, nachdem sie derselben schwere Verluste beigebracht, überwältigt haben. Nach einer neueren Meldung wäre der Angriff der Buren allerdings abgeschlagen worden, aber die verhältnißmäßig starken Verluste der englischen Garnison (34 Mann und zwar 14 Todte und 20 Verwundete) werden auch hier zugestanden.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom 25. Oktober meldet: Barton, welcher während einiger Tage von den Truppen Dewets belästigt wurde, griff diese heute früh an und zersprengte sie völlig. Auf unserer Seite wurden 3 Offiziere und 14 Mann verwundet. Eine Depesche Roberts vom 26. Oktober meldet jedoch: Bartons Verluste waren gestern bedeutender als gemeldet worden ist. Es wurden, abgesehen von den bereits angegebenen Verlusten, noch ein Offizier getödtet, 3 Offiziere und 37 Mann verwundet. Die Buren ließen 24 Todte und 19 Verwundete zurück, 26 Buren wurden gefangen genommen. Drei Buren, welche die Hände aufhoben zum Zeichen, daß sie sich ergaben, dann aber in verrätherischer Weise schossen, wurden gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gestellt und von diesem zum Tode verurtheilt. Ich habe das Urtheil bestätigt. Methuen und Douglas zersprengten gestern eine Burenabtheilung bei Zeerust. Die Buren ließen 6 Todte und Verwundete zurück. 28 Buren wurden gefangen genommen und eine große Menge Vieh von uns erbeutet. Auf unserer Seite

wurden 8 Mann verwundet, einer wird vermißt. Kitchener meldet aus Lydenburg, daß er einen Nachtmarsch unternommen und ein Burenlager in der Nähe von Krügerspoort genommen habe; mehrere Buren wurden verwundet, vier gefangen genommen. Unsere Truppen hatten keine Verluste. Bezüglich des Angriffs auf Philippolis fügt Roberts noch hinzu: Da die Buren durch Verrath sich Eingang in die Stadt verschafften, habe ich Kelly Kenny angewiesen, alle dabei Betheiligten aus dem Lande zu verweisen. Ein Leutnant und 50 Mann Kavallerie fielen vor einigen Tagen zwischen Springfontein und Philippolis in einen Hinterhalt, von denen alle bis auf 7 Mann gefangen genommen wurden. — Alle diese Kämpfe zeigen eine große Erbitterung der um Haus und Hof kämpfenden Buren. Einige Einzelheiten der Roberts'schen Meldungen dürften übrigens sehr zu bestreiten sein, so z. B., wenn er meldet, daß Barton die Schaar Dewets „völlig zersprengt" habe. Wie oft haben das die Engländer schon gethan, um dann immer wieder die Erfahrung machen zu müssen, daß man die Buren nicht zersprengt hat, sondern daß die Buren lediglich sich selbst, im Einklang mit der von ihnen angewandten Taktik, in kleinere Korps aufgelöst haben, um an anderer Stelle wieder als geschlossenes Ganze aufzutreten und den Engländern zu schaffen zu machen.

Aus Johannesburg kommt die Meldung, daß in Folge der Anwesenheit zahlreicher Buren-Abtheilungen in der Nähe von Boysensfarm und Klipriver-Ferry eine starke englische Abtheilung nach dieser Gegend abgegangen ist.

Der frühere Abgeordnete von Vicksburg, Keyser, ist, wie ein Telegramm aus Maseru berichtet, auf Befehl des Präsidenten Steijn unter der Anklage des Hochverraths vor ein Burengericht gestellt worden.

Einer Depesche aus Kapstadt zufolge wurde in der Nacht zum Donnerstag ein Wachtposten an der Traserburg-Station auf geheimnißvolle Weise erschossen.

Urkunden zur Vorgeschichte des Burenkrieges. Die niederländische Regierung hat den Kammern drei geheime, vertrauliche Depeschen unterbreitet, die der Minister des Auswärtigen, de Beaufort, im Jahre 1899 durch Vermittelung des holländischen Generalkonsuls an den Präsidenten Krüger gesendet hat. In der ersten vom 13. Mai 1899 theilt der Minister dem Präsidenten Krüger mit, daß Nachrichten aus verschiedenen Hauptstädten ihn in dem Glauben ließen, es sei die Gefahr drohend, daß eine gewaltsame Lösung in Afrika zu befürchten sei. Als treuer Freund rathe er Krüger, im wahrhaften Interesse der Republik sich so versöhnlich und maßvoll als möglich zu zeigen, und fügt hinzu, er wisse aus sicherer Quelle, daß die deutsche Regierung seine Meinung durchaus theile. Krüger antwortete, daß er stets versöhnlich gewesen sei und den Krieg nicht wünsche, daß er aber die Unabhängigkeit der Republik nicht hinopfern könne. Er könne sehr wohl das Wahlrecht einräumen, aber nicht dulden, daß Engländer Unterthanen der Königin von England bleiben und nichtsdestoweniger das Wahlrecht in der Republik erhielten.

In der zweiten Depesche vom 4. August 1899 rieth der Minister des Aeußeren dem Präsidenten, im Interesse seines Landes den englischen Vorschlag bezüglich der internationalen Kommission nicht rundweg abzulehnen. Krüger antwortete, es handele sich nicht um eine internationale, sondern um eine englisch-transvaalische Kommission. Er werde England um eine nähere Mittheilung über die Bedeutung des Vorschlages ersuchen und ihn nicht endgültig zurückweisen.

Schließlich stellte der niederländische Minister in einer Depesche vom 15. August 1899 fest, daß die deutsche Regierung vollkommen die Meinung theile, den englichen Vorschlag nicht zurückzuweisen, und bemerkte dazu, die deutsche Regierung sei gleich ihm überzeugt, daß jeder Schritt bei einer Großmacht in diesem sehr kritischen Augenblick ohne jedes Ergebniß und für die Republik sehr gefährlich sein würde. Präsident Krüger antwortete darauf, der englische Vorschlag würde eine ganz direkte Einmischung der Engländer in die inneren Angelegenheiten der Republik zur Folge haben. Krüger erklärte noch, daß er nicht die Absicht habe, an eine Großmacht zu appelliren.

Vereinigte Staaten.

Ein Rassenkonflikt in Canada. Aus Montreal meldet Reuter vom 26. Oktober: In Valleyfeld, fünfzig Meilen von Montreal legten 3000 an dem Bau von Baumwollfabriken beschäftigte Maurer die Arbeit nieder. Die Ausständigen sind französische Kanadier. Eine große Anzahl Miliz-Truppen ist nach Valleyfield abgesandt. Die Lage ist bedrohlich; sie wird durch die Rassenfeindschaft und besonders durch die Anwesenheit englischer Truppen verschlimmert. Die Ausständigen, denen sich 2500 Weber anschlossen, durchsuchten den ganzen Tag die Stadt nach Gewehren. Für abends werden Unruhen befürchtet. — Dem Londoner „Daily Telegraph" wird noch folgendes Nähere über den Streik berichtet: Französische Kanadier, welche in Valleyfield, Provinz Dubec, streiken, überwältigten eine Abtheilung Royal Scots Victoria-Schützen, die aus Montreal geschickt waren, um das Gebäude der Dominion Cotton Company zu schützen. Neun Soldaten wurden verwundet. Es sind 25 Offiziere und 358 Mann als Verstärkung angekommen. Die Royal Scots waren den Streikenden völlig preisgegeben. Die Offiziere mußten sich damit begnügen, ihre Revolver in die Luft zu feuern. Die Soldaten wurden inzwischen mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Nur ein Streikender wurde am Arme verletzt. Vier Leute sind verhaftet worden. Die Streikenden drohen aber, sie befreien zu wollen. Dem „D. Telegraph" zufolge ist Valleyfield meist von französischen Kanadiern bewohnt und der Rassenhaß dort sehr groß. Kürzlich gab es darüber Streit, weil Engländer in den Spinnereien angestellt werden sollten. Der gegenwärtige Streit ist ein Lohnstreit, aber er nimmt den Charakter eines Rassenkampfes an. Die Anwesenheit von englischen Rothröcken aus Montreal verschärft denselben. Nach einer Meldung des „Central News" aus New York suchte der die Truppen kommandirende Offizier vergebens den Bürgermeister und einen anderen städtischen Beamten, welche die Aufruhr-Akte verlesen sollten. Beide hatten die Stadt verlassen. Der Bürgermeister war nach Montreal geflüchtet, weil er fürchtete, die Bevölkerung würde ihn lynchen. Verschiedene Friedensrichter wurden ersucht, die Aufruhr-Akte zu verlesen, aber diese lehnten es ab.

China.

Vom Chinawirrwarr. Der Notenwechsel unter den Kabinetten hat aufgehört und dafür haben die Pekinger Diplomaten ihre Thätigkeit begonnen. Was aber in ihren Sitzungen am Freitag und Sonnabend beschlossen worden ist, entzieht sich noch der Kenntniß. Ob eine Einigung über die Friedenspräliminarien zu Stande kommen wird, mag dahingestellt bleiben, zumal da die Vereinigten Staaten schon wieder Schwierigkeiten zu machen scheinen. Wie die New-Yorker „Sun" sagt, sei die amerikanische Regierung über die Haltung der fremden Gesandten in Peking besonders deshalb verstimmt, weil sie eine viel zu lange Liste von zu bestrafenden Personen entworfen hätten und auf diese Weise den Frieden verzögerten.

Kaiser Kuangsü scheint keine besondere Lust zu haben nach Peking zurückzukehren, so lange sich dort noch fremde Truppen befinden. Wie ein erlassenes geheimes Dekret besagt, wurde der kaiserliche Hof von den Vizekönigen und Gouverneuren ersucht, nach Peking zurückzukehren. Kuangsü antwortete jedoch, das könnte nur geschehen, wenn die Mächte zuvor die Unabhängigkeit Chinas garantiren, was der Hof als Grundlage für die Verhandlungen fordere. Inzwischen wurde den Vicekönigen befohlen, Hülfstruppen nach Singanfu zu schicken.

Nach Mittheilungen aus japanischer Quelle zufolge sind die hervorragendsten chinesischen Aerzte zur Kaiserin-Wittwe berufen worden, die in Taiyuenfu ernstlich erkrankt ist. Wie die chinesische Gesandtschaft in London dazu mittheilt, empfing sie ein Telegramm, allerdings schon vom 16. Oktober, mit der Nachricht, daß die Kaiserin-Wittwe in Tunkwan am Gelben Flusse angekommen und der kaiserliche Hof noch dort sei. Die Gesandtschaft erhielt bisher keine Nachricht von einer Erkrankung der Kaiserin; sie meint, die obige japanische Meldung müsse sich auf einen Zeitpunkt vor der Abreise des Hofes von Taiyuenfu beziehen, dürfe also nicht so aufgefaßt werden, als ob der Hof dorthin zurückgekehrt sei.

Der chinesische Gesandte Wu-Ting-Fang in Washington erhielt eine Depesche, wonach Kangyi, dessen Bestrafung von den Mächten verlangt wird, gestorben ist, Yu-Haien, der frühere Gouverneur von Shensi, der verantwortlich für die Missionär-Massacres ist, Selbstmord durch Verschlucken von Blattgold beging und Prinz Tuan vom Hofe verbannt sei und vielleicht auch ehestens sterbe Die Gesandtschaft schließt aus dieser Nachricht, daß die Verhängung von Strafen begonnen habe.

Li-Hung-Tschang ist zum Generalissimus der Wuwei-Armee (?) ernannt worden, die angeblich aus den von den Fremden gedrillten wohlbewaffneten Soldaten besteht.

General Campbell verlangte weitere Vorräthe für die Truppen; es ist klar, daß sich die Paotingfu-Expedition längere Zeit hinziehen wird, als zuerst angenommen wurde.

Sechs Boxer wurden am Mittwoch in Tientsin hingerichtet.

Es wird schließlich noch gemeldet, daß die Briten eine Zweigbahn von 2 Meilen Länge von der Schanhaikwan-Bahn nach der Küste bauen. — Die Russen werden wahrscheinlich Grund und Boden für eine Niederlassung bei Tientsin verlangen und zwar vermuthlich gegenüber der britischen Niederlassung.

Einen neuen bemerkenswerthen Beitrag zu der Frage: Wer sind die Schuldigen? erbringt der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in einem Artikel der soeben erschienenen Nummer der „Nation". In einer Besprechung der Forderungen, die von den Gesandten im Auftrag der Mächte an China gestellt worden sind, sagt Herr v. Brandt:

„Ganz besonders schwierig wird sich die Frage wegen der Etablirung dauernder Schutzwachen der Gesandtschaften gestalten, wenn auch nicht während der ersten Zeit, so doch späterhin. Und sie wird dadurch nicht erleichtert werden, daß die Verwendung der Schutzwachen der Gesandtschaften im Juni d. Js. nicht eine solche gewesen ist, wie sie sich nach dem Völkerrecht rechtfertigt. Die ersten Angriffe auf die Gesandtschaften haben am 20. Juni stattgefunden, aber schon in der Zeit vom 14. bis 17. Juni sind zahlreiche Chinesen, angeblich Boxer, von den Schutzwachen der Gesandtschaften und Privatpersonen, die sich den ersteren angeschlossen hatten, auf den Straßen und in Tempeln niedergemacht worden. In manchen der von Augenzeugen angeführten Fälle kann die Entrüstung über den Mord und die Mißhandlung eingeborener Christen als Erklärung und Entschuldigung dienen, aber wenn, wie dies leider unzweifelhaft scheint, von der Stadtmauer der Tartarenstadt aus auf die in der Chinesenstadt exerzirenden Boxer geschossen wird und einige vierzig derselben getödtet werden, ohne daß die Leute den fremden Angreifern auch nur die geringste Veranlassung gegeben hätten, so kann man das dringende Verlangen der chinesischen Behörden nach der Entfernung der Schutzwachen wohl auch aus anderen Gründen als dem ihnen untergelegten erklären, die Gesandtschaften wehrlos machen zu wollen."

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 29. Oktober.

Der Bürgerrechtsverein weigert sich, der Aufforderung nachzukommen, seinen Vorstand bei der Polizei anzumelden, d. h. sich als „politischen oder sozialistischen Verein" zu bekennen. Es wird dieserhalb angeblich zu einer Gerichtsverhandlung kommen. Zur Sache selbst wollen wir uns nicht äußern, wollen jedoch unsere Ansicht nicht verschweigen, daß u. E. der Polizeibehörde weit dringlichere und gemeinnützigere Aufgaben harren, als die bureaukratische und praktisch absolut werthlose Beaufsichtigung von Vereinen, die im Grunde auf Beschreibung einiger Register mit Adressen hinausläuft. Die ganze Aktion fällt unter die Rubrik „Verminderung des Schreibwerks". Allein wir haben leider in der letzten Zeit mehrfach bemerken müssen, daß der Eifer der Polizeibehörde, sich praktisch zu bethätigen, offenbar nicht allemal Bahnen einschlägt, die zu praktischen Zielen führen. Ob das die Absicht derjenigen Bürgerschaftsmitglieder war, welche der rapiden Vermehrung des Polizeibeamtenstabes zustimmten, däucht uns zum mindesten fraglich. Zum Schlusse noch eine Bemerkung: Unser Vereinsgesetz ist ein ad hoc d. h. aus dem Geiste des Sozialistengesetzes heraus, geschaffenes und entspricht in keiner Hinsicht den heutigen Verhältnissen. Wir machten darauf schon bei Gelegenheit der Verhandlungen über das preußische Vereinsgesetz aufmerksam und empfahlen die Ausarbeitung eines zeitgemäßen Gesetzes. Statt dessen haben wir die Streikpostenverordnung bekommen und jetzt anscheinend obendrein die straffere Handhabung des Vereinsgesetzes. Wir müssen erklären, daß uns Beides kalt läßt; allenfalls können wir wachsendes Interesse unserer Mitglieder an ihren erhöhter obrigkeitlicher Aufmerksamkeit sich erfreuenden Vereinen konstatiren. Was ja wohl nicht vom Uebel ist!

Wegen Sittenverbrechens wurde der Kutscher eines hiesigen Fuhrwerksbesitzers zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hat sich in Gothmund, während die erwachsenen Fahrgäste im Restaurant weilten, an zwei auf dem Fuhrwerk verbliebenen kleinen Mädchen vergriffen.

Die letzten stürmischen Tage haben in der Ostsee mancherlei Unheil angerichtet. Auf Oeland ist, wie aus Kiel gemeldet wird, der russische Schooner „Alfred" gestrandet. Der schwedische Schooner „Freya" ist auf See schwer leck gesprungen und in Kopenhagen als Nothhafen angelaufen. Der an der südschwedischen Küste gestrandete Segler „Sara" ist verloren. Bei Rügen ist der Dampfer „Concordia" aufgelaufen, seine Lage ist kritisch. Vor Stockholm ist die schwedische Bark „Frick" auf Grund gerathen.

Vom Landgebiete. In Malkendorf ist der Hufner F. E. Jaaks als Mitglied des Gemeindevorstandes wiedergewählt worden.

In das Handelsregister ist am 27. Oktober 1900 eingetragen bei der Firma „Aktiengesellschaft für Cartonnageindustrie, Zweigniederlassung Lübeck, unter der Firma Fr. Ewers u. Co. (Inhaberin Aktiengesellschaft für Cartonnageindustrie): Heinrich Wollheim in Loschwitz bei Dresden ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Wilhelm Döberlein, Kaufmann in Dresden, Otto Zucker, Kaufmann in Dresden, sind zu Mitgliedern des Vorstandes bestellt.

Der Agitationskommission in Neumünster sind zugewandt worden vom 3. Hamburger Wahlkreise 1000 Mk., vom 1. und 2. je 500 Mk.

Die Hamburger Bäcker-Innung hat die Einführung eines fakultativen Minimal-Wochenlohnes von 9 Mark beschlossen. Der Antrag, der vom Vorstand ausging, wurde lebhaft bekämpft. Obermeister Knost bemerkte, daß die Bezirksversammlungen nach den beiderseits stattgehabten Erklärungen dem Antrage bereits im Großen und Ganzen zugestimmt hätten. Der Vorstand wolle den Meistern nur vom Standpunkt der Gerechtigkeit die Einführung eines sogenannten Minimallohnes empfehlen; können sie jedoch billigere Arbeitskraft bekommen, so bleibe es ihnen unbenommen, diese geringer zu entlohnen! Die Bäcker dürften nicht nachstehen und müßten mit anderen Gewerben Schritt halten. Die Herren Daus, Rathmann, Hagenlocher und Ebert konnten sich mit einem sogenannten Minimallohn nicht befreunden; jede Arbeit müsse nach ihrem Werth bezahlt werden, hier aber wolle der Innungsvorstand etwas einführen, was vom Arbeitgeberverbande überall bekämpft werde. Herr Großkreutz empfahl Das anzunehmen, was der Vorstand vorschlägt; man solle jetzt eine kleine Lohnerhöhung ungezwungen bewilligen (!), wo die Zeit ruhig sei. Die Hamburger Löhne müßten ein wenig höher sein als die im übrigen Deutschland. Herr Laudi fügte hinzu, der Vorstand habe den Antrag eingebracht mit Rücksicht auf die Vorgänge vor zwei Jahren, wo man den Gesellen unter Umständen eine kleine Aufbesserung versprochen habe, und sei es nun Ehrenpflicht, das in Aussicht Gestellte einzulösen, indem man freiwillig ein kleines Opfer bringe. Gezwungen und verpflichtet solle Niemand sein, einen sogenannten Minimallohn zu zahlen. Herr Blinckmann wies darauf hin, daß die Gegner des Antrages mit ihrem Hinweis auf den Arbeitgeberverband Minimallohn und Normallohn mit einander verwechseln. Gewisse Minimallöhne sind mit Ausnahme der Schlachter und Bäcker bereits bei allen Gewerken vereinbart. Der Vorstand wolle darauf hinwirken, daß der Gerechtigkeitsstandpunkt mehr zum Ausdruck komme, denn in den meisten größeren Betrieben werde für den Junggesellen bereits 10 Mk. und darüber bezahlt. 11 Prozent der Betriebe sind es, wo noch weniger als 9 Mk. bezahlt wird, und die Inhaber dieser Betriebe benutzen den Umstand des Wenigerzahlens dazu, ihren Kollegen **schmutzige Konkurrenz** machen zu können. 21 Mk. inkl. Beköstigung sei doch gewiß kein Lohn, der zu bekämpfen wäre. Es handle sich darum, ein 1898 gegebenes Versprechen einzulösen, vom Standpunkt der Gerechtigkeit möge man daher dem Antrag stattgeben. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag mit großer Majorität angenommen wurde.

Eutin. Zu den diesjährigen Herbst-Kontrol-Versammlungen haben sich zu stellen: A. Diejenigen Wehrleute, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1888 eingetreten und nicht mit Nachdienen bestraft sind — B. Sämmtliche Reservisten, Dispositions-Urlauber und zur Disposition der Ersatz-Behörden Entlassenen der Armee und Marine. — Besondere Gestellungsbefehle werden nicht ertheilt, vielmehr ist die Bekanntmachung einem solchen gleich zu erachten. Die Mannschaften haben sich pünktlich auf den befohlenen Kontrolplätzen zu gestellen und ihre Militärpapiere mitzubringen. Diejenigen Angestellten der Eisenbahn-Verwaltungen, welche für den Mobilmachungsfall vom Waffendienst zurückgestellt sind, brauchen nicht zu erscheinen. Gesuche um Befreiung von der Theilnahme an der Kontrolversammlung sind bis zum 5. November d. Js. an das Meldeamt Eutin einzureichen. Unentschuldigtes Fehlen wird mit Arrest bestraft. Kontrolversammlungen werden abgehalten: 1. Schwartau, Marktplatz. Sonnabend, den 10. November 1900, Vormittag 9½ Uhr für sämmtliche unter A und B. genannten Mannschaften. 2. Ahrensbök, am Gerichtsgebäude. Montag, den 12. Novbr. 1900, Vormittags 8 Uhr für sämmtliche unter A. und B genannten Mannschaften. 3. Lieusfeld, Gastwirthschaft von Steffen. Montag, den 12. November 1900, Nachmittags 3 Uhr für sämmtliche unter A. und B. genannten Mannschaften. 4. Eutin, Schloßreitbahn. Dienstag, den 13. November 1900, Vormittags 8½ Uhr für sämmtliche unter A., sowie der Jahrgänge 1893 bis 1895 der unter B. genannten Mannschaften. Dienstag, den 13. November 1900, Nachmittags 3 Uhr für sämmtliche unter B. genannten Mannschaften der Jahrgänge 1896 bis 1900.

Malente. Ein schweres Eisenbahnunglück, welches leider auch ein Menschenleben gekostet hat, ereignete sich am Sonnabend Nachmittag auf der Haltestelle Holsteinische Schweiz der Strecke Gremsmühlen-Lütjenburg. Amtlich wird darüber Folgendes gemeldet: „Auf der Nebenstrecke Lütjenburg-Gremsmühlen, der Ostholsteinischen Schweiz ist heute bei der Ausfahrt auf der Haltestelle „Holsteinische Schweiz", der gemischte Zug 713 auf einen aus Kiesberge in demselben Gleis kommenden Arbeitszug, mit dem er auf der Haltestelle „Holst. Schweiz" kreuzen sollte, gestoßen. Reisende sind nicht verletzt, der Lokomotivführer des Zuges 713 ist todt und der auf dem Arbeitszug befindlich gewesene Bahnmeister ist durch Abschleudern von dem Wagen verletzt worden. Die Zuglokomotive, sowie verschiedene Wagen des Arbeitszuges sind stark beschädigt. Die Strecke ist gestört. Der Betrieb wird mit dem um 8 Uhr 18 Minuten Abends von Gremsmühlen abgehenden Zug wieder aufgenommen." Der getödtete Zugführer Goos ist ein noch junger

Mann, wohnte in Lütjenburg und hinterläßt eine Frau. Der Heizer rettete sich durch Abspringen. Der verletzte Bahnmeister wohnt hier und heißt Böge. — Wen die Schuld an dem Unfalle trifft, wird noch nicht mitgetheilt; immerhin ist es auffällig, daß auf einer ganz untergeordneten Sekundärbahn, auf der täglich nur vier Züge in jeder Richtung verkehren, Derartiges passiren konnte.

Die „Kieler Zeitung", ein Blatt, welches sonst das Geradezu peinlich vermeidet, bringt nachstehenden Bericht, welcher so ziemlich deutlich durchblicken läßt, daß der Sündenbock auch dieses Mal dort sitzt, wo er gewöhnlich zu finden ist, in dem Sparsamkeitsprinzip des preußischen Eisenbahnfiskus. Es lautet:

„Auf der gedachten Bahnstrecke verkehrte Vormittags ein Kieszug unter Leitung des Zugführers Rieck, in der Richtung nach der Holsteinischen Schweiz. Er hatte den Auftrag, in der Station Holsteinische Schweiz mit dem Personenzug Nr. 713 an einer Anschlußweiche zu kreuzen, und bewegte sich in der gedachten Richtung rückwärts. Der Personenzug Nr. 713 war von der Anwesenheit des Kieszuges **nicht verständigt,** verließ 10 Uhr 49 Minuten die Station Holsteinische Schweiz und kollidirte um 11 Uhr mit dem letzteren Zug. Der Personen-Zug lief mit voller Fahrt in den Kieszug hinein, die Maschine setzte über zwei Kieswagen hinweg, zertrümmerte beide vollständig und nahm selbst erheblichen Schaden. Die Anwesenheit des Kieszuges war von dem Lokomotiv-Führer Goos erst kurz vor der Kollision bemerkt worden, so daß ein Rückwärtsstellen der Maschine und Bremsen nichts mehr fruchtete. Der Heizer der Maschine des Personenzuges, die unvermeidliche Gefahr erkennend, rettete sich durch einen Sprung auf den Bahndamm. Dasselbe unternahm der Bremser vom Schlußwagen des Kieszuges, der sonst unrettbar zermalmt worden wäre. Beide Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Lokomotivführer, der in Lütjenburg wohnhaft und verheirathet ist, blieb auf seinem Posten und mußte seine Pflichttreue mit dem Tode bezahlen. Der gewaltige Anprall warf den Genannten gegen die Maschine, so daß er schwere Verletzungen erlitt. Die letzten Augenblicke des Mannes müssen überaus qualvoll gewesen sein. Das Wasserstandsrohr am Kessel zersprang, und so ergossen sich Dampf und kochendes Wasser über den ganzen Körper des Verunglückten. Von den Passagieren sind einige Personen leicht verletzt. Die Verwundungen geben keinen Grund zu besonderen Besorgnissen. Schwerer ist der Bahnmeister von Gremsmühlen verletzt Dieser und der Zugführer Rieck wurden durch die Wucht des Anpralles über zwei Kieswagen geschleudert und blieben im Kies liegen, von diesem halb verschüttet. Gegen Mittag ging von Neumünster ein Hülfszug nach der Unfallstelle ab. Da die in Frage stehende Strecke dem Betriebsamt Kiel unterstellt ist, so ist auch der Vorstand des hiesigen Amtes nach dort abgefahren. Soweit heute festzustellen ist, ist der Unglücksfall durch die unterlassene Benachrichtigung des getödteten Lokomotivführers Goos verursacht. Ein weiterer Zufall wollte es, daß der Genannte **keinen Fahrplan bei sich führte,** er wäre sonst von der Anwesenheit des kreuzenden Arbeitszuges unterrichtet gewesen. Dazu kommt, daß die dortige **Strecke nur mit Agenturen besetzt ist und theilweise von Frauen verwaltet wird.** Diese Agenturen haben auf den Betrieb keinen Einfluß. Die Inhaber dieser Stellen sind nur Kartenverkäufer, während die Zugleitung von der Station Lütjenburg bewerkstelligt wird und auf der Bahnlinie selbst dem Lokomotivführer übertragen ist. Während der Sommermonate herrscht auf jener Strecke bekanntlich ein großer Fremdenverkehr. Es darf also wohl erwartet werden, daß die Maßnahmen zur Sicherung des Betriebes, wenn die Untersuchung klarstellen sollte, daß hier Mängel vorliegen, verstärkt werden, damit ähnliche Unglücksfälle in Zukunft, soweit es in menschlicher Macht steht, vermieden werden."

Ratzeburg. Beschlagnahmt wurden vor mehreren Tagen die zur Verbreitung auf dem Lande bestimmten Flugblätter. Gegen die Beschlagnahme ist sofort Beschwerde geführt worden. Das Amtsgericht in Lauenburg hat aber die Beschlagnahme bestätigt und die Beschwerde zurückgewiesen. In dem Flugblatt soll eine Beleidigung der Reichsregierung bezw. des Bundesrathes enthalten sein und zwar in dem Satze: „Wie man beim Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetz und beim Reichs-Seuchengesetz den Agrariern zu Diensten gewesen ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht erst auseinander zu setzen." Das Amtsgericht sagt: „Da hierin der deutschen Reichsregierung bezw. den gesetzgebenden Körperschaften der Vorwurf gemacht wird, durch Einbringung bezw. Beschlußfassung jener Gesetze auf Kosten der übrigen Erwerbszweige unter Nichtachtung des Allgemeinwohls der Landwirthschaft besondere Vortheile verschafft und überall sich in den Dienst einer Bevölkerungsklasse gestellt zu haben, werden die Reichsregierung und der Bundesrath in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt." Das Amtsgericht hat sich für seinen Beschluß eine unglückliche Zeit ausgewählt, die Zeit des Bueck-Briefes. Das sagt genug!

Hamburg. Ueber das Wirken des verstorbenen Genossen Claußen wird dem „Vorwärts" von hier nachträglich noch Folgendes berichtet: Ein wackerer Kämpfer ist der Arbeiterschaft Hamburgs am 23. Oktober durch den Tod entrissen worden. Wilhelm Claußen, der langjährige Redakteur des Former-Fachblattes „Glück auf", hat am 23. Oktober die Augen für immer geschlossen. Seine Kräfte hatte Claußen vor Allem dem gewerkschaftlichen Kampfe geweiht, und so blieb es nicht aus, daß die Rachsucht des Unternehmerthums für ihn und seine Familie die Strafe des Verhungerns bestimmte. Mitte der achtziger Jahre trat der Gemaßregelte in die Buchdruckerei unseres Genossen Fritz Meyer in Hamburg ein, nicht der Einzige, der dort in schwerer Zeit ein Unterkommen fand. Ein halbes Menschenalter lang war Claußen in guten wie in bösen Tagen seinem Chef ein wackerer Mitarbeiter und seiner Gewerkschaft wie ihrem Organ ein kluger, verständiger Leiter. Ein langwieriges Leiden begann vor einigen Jahren den Lebenskeim des erst in der Mitte der Vierziger stehenden Mannes langsam zu zerstören. Mit Aufbietung aller Kräfte hielt Claußen sich aufrecht; trotz seiner Krankheit nahm er noch an den Verhandlungen des letzten Verbandstages regen Antheil und widmete die letzten Tage, bevor er sich in das Krankenhaus begab, der Fertigstellung des Protokolls. Claußen hinterläßt eine Frau mit sechs unmündigen Kindern. Das Andenken des braven, charakterfesten Mannes wird von seinen Kollegen und von der Arbeiterschaft Hamburgs in Ehren gehalten werden!

Malchin. Arbeiterrisiko. Auf der Rübenabladestelle gerieth ein Knecht aus Scharpzow unter sein vollbeladenes Fuhrwerk, welches ihm ein Bein völlig zermalmte. — Ebenso erging es einem Knecht aus Basepohl bei Stavenhagen.

Waren. Verbrannt ist die Rentnerfrau K. Sie ging auf den Boden und fiel mit der Lampe. Letztere explodirte, und die Kleider der Frau fingen Feuer. Die Verunglückte erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach kurzer Zeit starb.

Aus Nah und Fern.

Ein Architektenscherz. Aus Barmen wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet: Ein kommunaler Vorfall hat dem Erbauer der in Anwesenheit des Kaisers eingeweihten „Ruhmeshalle" den Anlaß zu einem Architektenscherz gegeben, den eine Seitenthür der Halle aufweist. Am 13. März hatte eine Stadtverordnetensitzung stattgefunden, in welcher Beschluß gefaßt wurde über den Abbruch des alten Amtsgerichtsgebäudes, welches die auf dem Karlsplatze erbaute Ruhmeshalle nach der Wertherstraße hin verdeckte und den Prachtbau selbst einengte. Nicht alle Stadtväter waren bereit, der Kunst das immerhin recht erhebliche Opfer zu bringen und bekundeten ihren Standpunkt auch in der Debatte. Dieser Vorgang nun ist auf der erwähnten Thür bildlich dargestellt. Das Thürkreuz zeigt die Inschrift: „S. S. 13. 3." (Stadtverordnetensitzung am 13. März.) Darüber erhebt sich ein Löwe, der eine halb gebrochene Säule umklammert. Auf dem gebrochenen Schaft ist das Amtsgerichtsgebäude abgebildet. Die Verewigung dieser Sitzung wird aber erst dadurch originell, daß das nicht eingeweihte Publikum liest — und natürlich auch lesen soll — „S. S. 13. 3." „Sprüche Salomonis 13 Vers 3." Dort heißt es aber: „Wer seinen Mund bewahret, der bewahret sein Leben; wer aber mit seinem Maul herausfährt, der kommt in Schrecken."

Höchster Rekord im groben Unfug. Im Juni erschienen im „Volksblatt" zu Halle a. S. auf Anfragen einige Notizen, wie: „M. A. Frau Victualienhändlerin Metze ließ unser Blatt nicht." Einem Metallarbeiter wurde ebenfalls nur im Briefkasten mitgetheilt, daß der Former Rost aus dem Verbande ausgetreten sei ꝛc. Der Konservative Verein, in dessen Sitzungen man schon mit Stühlen aufeinander los ging war in diesem Falle so empfindlich, in den Notizen groben Unfug zu erblicken und den verantwortlichen Redakteur des Volksblattes, Genossen Swienty, bei der Staatsanwaltschaft zu denunzieren. Die Anklagebehörde nahm sich der Sache auch an und brachte den Genossen Swienty vor das Schöffengericht. Der Kanzlist Feigel, der als Mitglied des Konservativen Vereins die Anzeige erstattet hatte, verstieg sich als Zeuge zu der Aeußerung, seine drei Söhne wären so gut erzogen, daß sie lieber verhungern, als das „Volksblatt" lesen würden. Er, den die ganze Sache nichts anging, hatte sich beunruhigt gefühlt, während die in den Notizen genannten Personen theils in Abrede stellten, geschädigt zu sein und einer sogar behauptete, durch die Volksblattnotiz Vortheil gehabt zu haben. Genosse Swienty wurde zu sechs Tagen Haft verurtheilt.

Viehmarkt.

Hamburg, 27. Oktober

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1220 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — [illegible] 54—55 Mk., leichte 53—54 Mk. Sauen 48—50 Mk. und [illegible] 49—52 Mk. [illegible]

Heute Morgen 3 Uhr starb unser lieber unvergeßlicher Sohn **Gustav** im zarten Alter von 6 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern

H. Leesch und Frau.

Dem Verband der Hafenarbeiter Deutschlands, Section Lastadiearbeiter, sage ich für die mir überwiesenen 30 Mk. meinen herzlichen Dank.

Frau **Behrens Wwe.**

Zu sofort **ein freundliches Logis** zu vermiethen Sadowstraße 10.

Ein **heizbares Logis** an einen Herrn oder ein junges Mädchen (pr. Woche 2 Mk. mit Kaffee) zu verm. **Hoislinger Allée 50 a p.**

Wegzugshalber zu sofort oder später **eine freundl. Wohnung** von 3 Zimmern u Zubehör zu vermiethen Wickedestraße 53.

Gesucht zum 1. Januar

2 Parterre-Zimmer

zu Bureauzwecken, Mitte der Stadt.
Off. u **A 50** an die Exped. d. Bl.

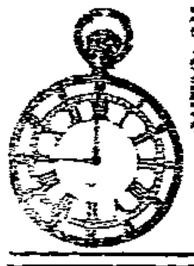
Eine große Parthie prim. großgelochter Schweizer Käse jetzt Pfund 60, 70 Pf.
wirklich schöne Waare empfiehlt

C. Harz
Breitestraße 60a.

Cacao
per Pfund 120, 160, 200, 240 Pf.
¼ 30, ¼ 40, ¼ 50, ¼ 60 Pfg.
H. Bülck, Breitestraße 52.

Medicinal-Tokayer
empfiehlt billigst
J. Schlichting
Untertrave 113.

Die beste Schuhwaaren-Besohlarbeit
erhält man in der **Besohlanstalt Engelsgrube 46** schon zum bill. Preis.
L. Schröder.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Dürstraße 32.

Lübecker Besohl-Anstalt
3 Große Burgstraße 3.
Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an
Nur Kernleder. Nur Handarbeit.
Große Auswahl
in sämmtlichen Schuhwaaren.
Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.
Inh. **Aug. Berg.**

Guter bürgerl. Mittagstisch Ludwigstr. 38.

Verloren am Sonnabend 1 Portemonnaie mit 2 Mk. Inhalt in der Reiferstraße. Abzugeben Reiferstraße 26, part.

Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emanuel Wurm
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.

Bürgerliches Gesetzbuch.
Kleine Ausgabe 1 Mk.
Große Ausgabe mit Erläuterungen 4,20 Mark.

Liebknecht's Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Gebd. 3,20 Mk.

Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde!
Eine Rede von
Paul Göhre, Pfarrer a. D.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Uhren
gut und billig im Pfandgeschäft
L. S. Baruch, Aegidienstr. 35.

Papp-, Schiefer- und Holzcement-Dächer
werden sorgfältig ausgebessert sowie neu gedeckt.
H. Laakmann
Klempner und Dachdecker
Fernspr. 876. Lindenstraße 28.

Eilt!! zum Eilt!!
Circus Variété
Nur noch 2 Vorstellungen
des pompösen Octoberprogramms.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Billets bis 6 Uhr ermäßigt.
Mittwoch: Abschieds-Vorstellung.

Stadt-Theater.

Dienstag den 30. October.
31. Vorstellung.
25. Abonnem.-Vorst. 5. Dienstags-Abonnement.
Novität! Novität!
Kain.
Musikalische Tragödie von d'Albert.
Hierauf.
Auf allgemeines Verlangen.
Die Herren Söhne.
Volksstück von Walther und Stein.
Mittwoch den 31. October.
Außer Abonnement. Außer Abonnement.
Einmaliges Gastspiel des Königl. Hofschauspielers
Rudolf Christians
vom Königl. Schauspielhause in Berlin.
Romeo und Julia.
Trauerspiel von Shakespeare.
Opernpreise! Opernpreise!
1. Rang 4 Mk., Parquet 3 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Rudolf Kock.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 253. Dienstag, den 30. Oktober 1900. 7. Jahrgang.

Der Alkoholismus und seine Bekämpfung.*

I.

Alkoholische Getränke können, in mäßiger Menge genossen, für erwachsene Personen als Reizmittel zur Förderung der Verdauung dienen; dagegen führt Unmäßigkeit in ihrem Genuß zur Zerrüttung des Körpers und des Geistes. Je alkoholreicher ein Getränk ist, um so rascher und stärker wirkt es, deshalb ist Branntwein (gewöhnlicher mit 33 bis 45, Kognak mit 40 bis 70, Arrak mit 60, Rum mit 52 bis 75 Prozent Alkohol) am verderblichsten, während Bier, dessen leichtere Sorten 3 bis 4 und dessen schwerere 4 bis 6 Prozent Alkohol enthalten (Weiß- und Braunbier nur nur 1½ Prozent) und Wein (Mosel mit 6, Rheinwein bis bis 13, Champagner; Bordeaux- und Burgunderwein bis 14, Portwein, Madeira, Malaga 15 bis 24 Prozent) erst in größeren Mengen berauschende Wirkungen äußert.

Uebermäßiger Wein- und Biergenuß führt ebenfalls zu schweren Erkrankungen, besonders zu Herzverfettung und Leberleiden, schließlich zum alkoholischen Irrsinn. Das Fettherz der Biertrinker und die geistige Stumpfheit der gewohnheitsmäßigen Vertilger größerer Biermengen, wie sie sich besonders bei der studirenden Jugend bemerkbar macht, sind nicht wenig verbreitet. Am schädlichsten ist der sogenannte „Frühschoppen", der Bier- oder Weingenuß am Vormittag. Noch schlimmer ist die in so vielen Industriegegenden übliche Unsitte, daß die Arbeiter früh Morgens, wenn sie zur Arbeit gehen, anstatt eines warmen Getränks (Kaffee oder Milch) bereits Bier trinken.

Die traurigsten Folgen verursacht aber die Trunksucht in denjenigen Bezirken und Ländern, in denen der Branntwein das Volksgetränk ist. Sie ist hier in so erschreckendem Maße verbreitet und greift so rapide um sich, daß man von einer Schnapspest reden kann. Ob der Branntwein mehr oder weniger frei von Fuselölen ist, spielt dabei keine so große Rolle, auch ist der gewöhnliche, in Deutschland hergestellte Kartoffelschnaps davon freier, als man lange Zeit annahm. Nur der Absynth wirkt nicht nur durch seinen höheren Alkoholgehalt, sondern auch durch seine ätherischen Oele noch zerrüttender auf das Gehirn als der gewöhnliche Schnaps.

Ganz entsetzlich sind die Wirkungen des Aethers (Schwefeläthers), der dort, wo der Branntwein durch Steuern vertheuert ist, als Berauschungsmittel benützt wird, so unter der ostpreußischen Landbevölkerung. Der Aethergenuß erzeugt krankhaften Stumpfsinn, auch Herz- und Gehirnschlag. Um dem Aethergenuß Einhalt zu thun, ist im Deutschen Reiche im Oktober 1900 die Steuerfreiheit des zur Aetherbereitung dienenden Spiritus aufgehoben und dadurch der Aether vertheuert worden.

Durch fortdauernden Alkoholmißbrauch werden körperliche und geistige Störungen hervorgerufen, die, anfänglich wenig oder gar nicht bemerkbar, schließlich zur völligen Zerrüttung des Geistes und Körpers führen. Zunächst zeigen sich nur leichte Verdauungsstörungen, dauernder Magenkatarrh mit Appetitlosigkeit, der durch scharf gewürzte Speisen zu überwinden gesucht, aber dadurch noch verschlimmert wird. Es folgt Leberverfettung, Herzschwäche, Verschlechterung des Blutes und dadurch der Ernährung des Körpers, wie des Nervensystems.

Kennzeichen des chronischen Alkoholismus sind: sittliche Entartung, Steigerung der Reizbarkeit, geistige Verstimmung, Abnahme der Willenskraft und der geistigen Leistungsfähigkeit. Dazu tritt Eifersuchtswahn, Kopfschmerz und Benommenheit, Störungen der Sinnesapparate, besonders Illusionen und Halluzinationen im Gebiet des Gesichts- und Gehörsinnes, die sich zu Sinnestäuschungen steigern, welche auch zu Gewaltthaten Anlaß geben können, da sich im Rausche alle Vorstellungen leichter in Handlungen umsetzen als in normalem Zustand. Ferner zeigen sich Störungen der Bewegungsnerven, die zum Zittern an Zunge, Lippen, Gesicht und Händen führen, besonders in nüchternem Zustand, während es sich nach Alkoholgenuß mäßigt. Auch Wadenkrämpfe und Lähmungen, namentlich der Gesichtsnerven und in den Beinen treten auf, außerdem Neuralgien, Abnahme des Geschlechtstriebes und der Begattungsfähigkeit.

Durch den beständigen Reiz, den der Alkoholgenuß auf das Gehirn ausübt, entzünden sich allmälig die Hirnhäute und als erste Mahnung des bevorstehenden geistigen Verderbens zeigt sich der Säuferwahnsinn, das Delirium tremens (das zitternde Delirium), so genannt, weil es von heftigem Gliederzittern begleitet ist. Nach irgend einer schwächenden Gelegenheitsursache, einem schweren Rausch, oder irgend einer inneren Krankheit, namentlich Lungenentzündung, aber auch nach plötzlicher Entziehung des gewöhnten Alkohols bricht der Wahnsinn aus; schreckende Halluzinationen quälen den Kranken, der von Unruhe und Schlaflosigkeit verfolgt wird. Gelingt es, ihm Schlaf zu verschaffen, so erfolgt in 85 Prozent der Fälle Genesung. Demnach ist der Säuferwahnsinn als eine heilbare Geisteskrankheit zu betrachten, vorausgesetzt, daß der Säufer gleichzeitig auch seine Leidenschaft bezwingt. Meist aber gelingt ihm das Letztere nicht und dann verfällt er dem dauernden alkoholischen Irresein, in dem Geist und Körper des Säufers rasch gänzlich verfallen und er rohe Gewaltthaten, besonders gegen die Familie begeht, da er beständig von Verfolgungswahn und Schreckbildern gepeinigt wird, so daß er im höchsten Grade gemeingefährlich ist. Schließlich verblödet der Alkoholiker vollständig.

Die Trunksucht ist ein um so furchtbareres Uebel, als sie vererblich ist und ganze Generationen verelenden kann, gleichzeitig treten bei den Kindern Anlage zur Epilepsie und Nervenschwäche auf.

Die Kinder trunksüchtiger Eltern neigen, theils in Folge der erblichen Belastung, theils in Folge der durch die Trunksucht hervorgerufenen Zerrüttung des Familienlebens mehr als andere Personen zum Verbrechen. Deshalb ist der Vorschlag beachtenswerth, daß bei Belasteten der Staat die Erziehung mehr als bisher überwache, und wenn das Kind eines Trinkers sich eines Vergehens schuldig macht, der Staat dann sofort die weitere Erziehung unter seine Kontrolle stellt, indem das Kind entweder bei den Eltern bleibt, aber unter staatlicher Ueberwachung, oder in eine Erziehungsanstalt überführt wird. Freilich dürfte die Ueberwachung nicht den dazu ganz ungeeigneten Polizeiorganen überwiesen, sondern müßte durch freiwillige Pfleger aus Bürgerkreisen ausgeführt werden.

Mitunter tritt der Alkoholismus nicht als dauernde, sondern als periodische Erkrankung auf, d. h. es wechseln Zeiten vernünftiger Lebensweise mit denen des ausschweifendsten Alkoholmißbrauchs ab; man nennt diese Erscheinung den Quartalsuff, die Dipsomanie (vom griech. dipsa, Durst). Es zeigt sich von Zeit zu Zeit ein unwiderstehlicher Drang nach dem Genuß alkoholischer Getränke, auch nach Essig, ja nach Petroleum, wobei Schlaflosigkeit, Appetitmangel, Unruhe auftreten. Selbst bedeutende Mengen Alkohols führen dann nicht Trunkenheit herbei. Nach Ende des Anfalls tritt geistige Stumpfheit ein, auf die eine Zeit geringer geistiger Widerstandsfähigkeit und Reizbarkeit folgt. Bei häufiger Wiederkehr entwickelt sich chronischer Alkoholismus.

Die Heilung der Trunksucht ist sehr schwierig. Sie hat zunächst die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse des Kranken zur Voraussetzung, ebenso die seiner geistigen. Verleitung und Gelegenheit zum Trinken muß nicht nur genommen, sondern ihre Beseitigung vom Kranken selbst gewollt werden, wenn nicht Rückfälle eintreten sollen. Dann versuche man, dem Kranken Ekel vor Branntwein beizubringen, indem man ihm alle Speisen und Getränke mit demselben versetzt oder man mische ekelerregende Mittel (Brechweinstein oder Ipecacuanha) in den Branntwein, den man anfänglich dem Trinker nicht ganz entziehen kann. Dazu gebe man ihm leichte Biere und Kaffee oder Thee als Anregungsmittel, ferner leichtverdauliches, reizloses Essen, veranlasse ihn zu regelmäßigen Spaziergängen, Turnen oder Zimmergymnastik und täglichen lauwarmen Abreibungen (23 Grad C.), Dampfbädern mit nachfolgender Packung oder lauwarmen Bädern mit nachfolgenden kalten, kurzen Douchen; Nachts gebe man einen Leibumschlag, um einen ruhigen Schlaf zu erzielen. Mitunter muß zu diesem Zwecke auch zu chemischen Schlafmitteln (Opium oder Chloral) gegriffen werden, selbstverständlich nur nach Anordnung des Arztes!

Die Beobachtung und Heilung eines Trunksüchtigen kann wirksam meist nur in geschlossenen Anstalten (Trinkerasylen) durchgeführt werden. Ihre Errichtung macht sich in steigendem Maße nothwendig und hat durch die Gemeindeverwaltungen oder den Staat in ausreichendem Maße zu erfolgen. Im Deutschen Reiche ist bis jetzt von diesen nichts geschehen. Die zur Zeit in Deutschland bestehenden Trinkerheilanstalten sind zum Theile durch Private, zum größeren Theile durch die Vereine für innere Mission, den Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und den Mäßigkeitsverein des „Blauen Kreuzes" in's Leben gerufen. Für bemittelte Trunksüchtige bestehen zur Zeit in Deutschland 9 Anstalten, für wenig bemittelte und arme Trinker und Trinkerinnen 18 Anstalten (in Bayern und Württemberg keine einzige). Die Verpflegungspreise in den Anstalten für wenig bemittelte und unbemittelte Trinker schwanken zwischen 150 und 1800 Mark jährlich. Eine kostenlose Heilstätte hat Graf Kurt zur Lippe im Sommer 1900 zu See (im Kreise Rothenburg in Schlesien) eröffnet, doch müssen hier die Aufgenommenen einen einjährigen Arbeitskontrakt abschließen.*) In sämmtlichen vorhandenen Anstalten ist nur für etwa 400 männliche und 120 weibliche minder bemittelte Trunksüchtige Platz vorhanden. Nun sind aber 1895 allein in Preußen 1356 Fälle von Säuferwahnsinn in den Irrenhäusern und 10 983 Fälle von Trunksucht in den Krankenhäusern behandelt worden. Nur diejenigen Personen, welche geisteskrank waren, bevor sie Trinker wurden, sowie die, welche durch den Trunk unheilbar verblödeten, sollten in Irrenanstalten untergebracht werden, während für alle Anderen die Trinkerasyle bei längerem Aufenthalt (mindestens ein Jahr) Heilung bringen können. Bisher wurden bis zu 60 von etwa 100 Aufgenommenen als geheilt entlassen. Bei der bisher meist kurzen Behandlungsdauer sind aber Rückfälle sehr häufig, zumal wenn die Trinker, wie dies vorwiegend der Fall, in dieselben sozialen Verhältnisse zurückkehren, durch die sie zur Trunksucht getrieben wurden.

Da die Trunksucht eine Krankheit ist, sollten die Krankenkassen verpflichtet sein, für die Behandlung Trunksüchtiger zu sorgen. Auch die Invaliditätsanstalten müßten dazu angehalten werden, da bei recht-

* Der nachstehende Artikel ist dem im Erscheinen begriffenen Lieferungswerke „Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie" von Emanuel Wurm (Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart) entnommen. Wir können das betreffende Werk unseren Lesern nur angelegentlichst empfehlen. Red. d. L V.)

* Die Aufnahme ist kostenlos. Seinen Unterhalt hat der Pflegling zu verdienen, wozu ihm Arbeitsgelegenheit durch die Anstalt geboten wird, und zwar in der Handelsgärtnerei, der Landwirthschaft, im Steinbruch, an der Kleinbahn, in Thongruben und im Walde. Dadurch wird er zunächst wieder an geregelte Arbeit gewöhnt. Er muß sich auf ein Jahr der Anstalt verpflichten. Im ersten Halbjahr hat er seinen vollen Lohn abzugeben als Entschädigung für Aufenthalt, Verpflegung und Behandlung, im dritten Vierteljahr wird ihm sein ganzer Verdienst abzüglich 6 Mark für Kost gespart, und im letzten erhält er wieder Geld zur freien Verfügung in die Hand, um sich daran zu gewöhnen, Ausgaben zu machen und vernünftig zu wirthschaften.

Spottdrossel.

Roman von E. Vely.

(40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Heißt etwa auch Spottdrossel?" Daß Hans mit ihr thut, als sei sie ein Kind, das überwindet sie nicht. Da hat er noch ein Zauberwort.

„Wenn ich Dir sag', daß ich der bin, der Dir so im Zirkus gefallen hat? Und der schwarze Hans aus Emmingen dazu — thust's dann?"

Diesmal fliegen Hut und Korb auf die Erde. Vom Einen hat sie erzählen hören, den Andern gesehen — und Beide sind nur einer?

Sie stößt einen hellen Ton aus, wie ein jauchzender Vogellaut klingt's. „Nun kann ich nimmer!"

Strahlend ist ihr Gesicht, der Hans kann sich nicht satt dran sehen.

„Der seid Ihr! Freilich weiß ich von dem! Und der aus dem Zirkus seid Ihr auch? Hab' ja zwei Nächt' hintereinander von ihm geträumt — nein, nun müßt Ihr mir eine Hand geben!"

Der Hans ist seit vielen Jahren den lauten Beifall der Menge gewöhnt, aber so hat ihn lange nichts gefreut, als der Ausdruck der Bewunderung aus den lichtbraunen Augen — solchen, wie er sie in seiner Jugendzeit geliebt hat —

„Hat die Mutter von mir gesprochen?" fragt er nach einem Weilchen.

„Das schon — aber nit oft. Sie ist allemal so ernst geworden." Und dann vergißt sie, daß Schülin keine Gäste sehen mag und sagt: „Mitkommen und der Mutter auch eine Hand geben, das müßt Ihr schon. Ich weiß, es thut sie freuen."

Er steht auf und folgt ihr. Es ist, als ob die Stimme der Ursel zu ihm spricht, ihre Augen ihm winken — nicht jene Ursel, die er vor zehn Jahren von Haus und Herd und dem lieblichen Geschöpf hier hat abwendig machen wollen, sondern das Mädel, das er zuerst lieb gehabt hat — am heißesten auf der ganzen Welt, das weiß er jetzt erst genau.

„Warum seid Ihr denn hier?" fragt Mariannle, als sie so neben ihm hingeht und gedacht hat, wie stattlich und stolz er aussieht.

„Wollt' das Dorf einmal wiedersehen, wo ich aufgewachsen bin!"

„Stuttgart ist mir schon lieber", schwatzt sie. „Ei, da giebt's zu seh'n —"

„Ich kenn' die halbe Welt," sagt er.

„O je!" Dann nickt sie. „Man sieht's Euch schon an."

Im raschen Lauf kommt eine Magd daher. „O Mariannle, komm' auch heim! Dein' Mutter läßt Dich suchen — ach, sie ist in großer Trübniß —"

„Weswegen denn?" fragt Mariannle, unwillig über die Störung.

„Der Rupert Schülin hats Genick gebrochen."

„Mein Vater!" sie ist plötzlich blaß geworden und guckt den Hans an.

Hans aber schrickt noch mehr zusammen, wie Mariannle selber.

„Der Rupert Schülin? Gerad' in der Stund', in welcher ich heimkomm'" — murmelt er mit blassen Lippen und bleibt zaghaft stehen.

Mariannle wirft den braunen Kopf zurück. „Ein Unglück ist's schon," weint sie leise, „aber schaut, er ist einer von den Aeltesten im Dorf, da konnt's täglich so sein — und zu mei'm Mütterle, hab' ich immer meinen müssen, that er nit recht passen —"

Glaubt sie's nur zu hören oder hat der Mann, der ja nun der Hans und der schöne Reiter zugleich ist, mit den weißen Zähnen geknirscht?

„Weiß, daß sie nicht zusammen gehörten," spricht er wie ingrimmig vor sich hin und hebt dann die Hand mit dem glänzenden Ring und streicht dem Mädchen über den braunen Scheitel.

„Geh' heim und tröst' Dein' Mutter —"

„O" — antwortet sie zögernd und setzt dann hinzu: „Habt Ihr Euch anders besonnen?"

„Für ein andermal," sagt er.

Sie blickt ihn bittend an. „Mir ist, als könntet Ihr gerad' meinem Mütterle gut zureden?"

Da lacht er. „Nun, dann muß es wohl so sein" — und darauf geht er schweigend neben ihr her, dem elterlichen Hause zu.

So kommen sie, gerade nicht eilig, auf den Hof. Von Weitem sehen sie Beide, wie Ursel auf den Steinstufen vor dem Hause steht und eifrig auf eine Gruppe Menschen hinabredet. Wie in großer Betrübniß sieht sie nicht aus.

Mariannle macht ihre Hand aus der des Kunstreiters los und geht hastig ein paar Schritte voran.

„Mutter, ist's wahr, ist er todt?"

Ursel sieht die Tochter an mit ihrem thränenlosen Gesicht.

„Ja, Kind! Und nun soll's ein ander Leben geben hier auf dem Hof." Liesle Kun hebt die Hände bis zur Magengegend und verdreht die Augen, solch eine vergnügte Wittib hat sie noch nicht gesehen. Und nicht einmal vor ihren Leuten zeigt sie die herkömmliche Betrübniß.

Plötzlich wendet sich Ursel und gewahrt den Fremden. Fast steht sie so still und starr, wie ein Steinbild, dann fliegt eine Röthe über ihr Gesicht und beide Hände vor sich aus- und ihm entgegenstreckend, kommt sie auf ihn zu.

„Du bist da? Gerad' jetzt? Hans, Du?" ruft sie mit weicher, froher Stimme.

Ihre freudige Erregung dünkt ihn selber in diesem Augenblick nicht am Platze und halb verlegen sagt er:

zeitiger Fürsorge der Kranke geheilt und so vor Arbeitsunfähigkeit bewahrt wird.

Das Branntweintrinken ist, wie ein Blick auf die Länder und Bevölkerungsgruppen zeigt, in denen es herrscht, in erster Linie und in überwiegender, mitunter ausschließlicher Weise bedingt durch die soziale Lage der Bevölkerung. Schnaps trinkt im Allgemeinen nur Derjenige im Uebermaß, der ungenügend und schlecht genährt wird. Er will die Mängel seiner Kost durch ein ihm mundendes Getränk verdecken. Tagaus, tagein Kartoffeln und trockenes Brod oder auch reichhaltigere, aber nicht schmackhaft zubereitete Nahrung, wie sie in den billigen Gastwirthschaften und noch mehr von des Kochens unkundigen Arbeiterfrauen geboten wird, treiben dazu, durch Schnaps die Mahlzeit wohlschmeckender zu machen. Und da der Branntwein wie das Bier um so schädlicher wirken, je schlechter genährt der Körper ist, so wird gerade der Widerstandsunfähigste am meisten in Versuchung geführt und am schlimmsten geschädigt.

Die ungenügende Ernährung des Volkes wird aber nicht nur durch zu niedrige Löhne bedingt, sondern auch durch zu hohe Nahrungsmittelpreise, wie sie u. A. durch Zölle auf Getreide und Fleisch veranlaßt wird. Alle Nahrungsmittelzölle tragen zur Verbreitung der Schnapspest wesentlich bei!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Weltfirma J. A. Henkels, das bekannte Zwillingswerk in Solingen, ist nach der „Bergischen Arbeiterstimme" von maßgebenden Firmen die einzige, welche die mit den Messerschlägern getroffenen Vereinbarungen nicht innehält. Bei J. A. Henkels sind noch ca. 20 Mann nicht in Arbeit, die stets unter allerlei Bemerkungen auf später vertröstet werden. — Die Maurer am Thalsperrenbau im Sengbachthale (Rheinland) streiken wegen eines angekündigten Lohnabzuges. Die Maurer gehören sämmtlich dem deutschen Maurerverbande an. Es sollen mit der Firma Behring Unterhandlungen angeknüpft werden. — In der Hemmerschen Maschinenfabrik in Neidenfels in der Pfalz wurde durch Anschlag eine 15prozentige Lohnreduktion angekündigt. Da die Arbeiter zu zwei Drittel organisirt sind, so machten sie mit Energie gegen diese Lohnreduktion Front, und da trotz mehrmaliger Vermittlungsversuche nichts erzielt wurde, wird in kürzester Zeit ein Ausstand unvermeidlich sein. — Die Buchbindergehülfen in Frankfurt a. M. haben die Zugeständnisse der Prinzipale für nicht weitgehend genug erklärt und wollen eventuell zum Ausstand schreiten. — Der Streik im Themse-Hafen nimmt nach dem „Hamb. Korresp." „immer bedrohlichere Formen an. Beinahe 2000 Leichter von den 10 000, die sonst sich auf der Themse im Gebrauch befanden, liegen müßig am Ufer. Schon fangen die Kohlen- und Kornträger. die sonstigen Dockarbeiter und Arbeiter der Themse-Dampfschiffe an, ihre Sympathie zu zeigen. Vor allem beginnen die Kornhändler die Situation zu fühlen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Ilversgehofen, Hanau und Heilbronn wurden in der Klasse der Arbeitnehmer die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt.

Bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. werden unsere Parteigenossen selbstständig in einigen aussichtsvollen Bezirken vorgehen. Als Kandidaten wurden die Genossen Quarck, Fiebig, Wilh. Schmidt und Zielowski aufgestellt.

Unser Mannheimer Partei-Organ „Volksstimme" sieht sich genöthigt, mit Rücksicht auf die hohen Papierpreise den Abonnementspreis pro Monat um 10 Pf. zu erhöhen. Gleichzeitig soll aber das Blatt umfangreicher erscheinen. Ferner wird die „Volksstimme" vom 1. November ab wöchentlich sieben Mal erscheinen. Da das Blatt, wie alle Mannheimer Blätter, Mittags erscheint, so blieben die Leser über die Ereignisse des Sonnabends bis Montag Mittag ununterrichtet; das wird nun anders, indem am Sonnabend Abend für den Sonntag noch eine besondere Ausgabe erscheint.

Als Folge der herrschenden Wohnungsnoth erklärte der Oberbürgermeister Marx in Düsseldorf die Thatsache, daß während des Etatsjahres 1899 der Abzug der dortigen Bevölkerung den Zuzug um rund 1000 Personen überstieg. Die gleiche Erscheinung wurde in Köln beobachtet.

Eine Schuhmacherinnenschule. In Breslau ist das Schuhmacherhandwerk den Frauen zugänglich gemacht worden. Fräulein J. Zimmermann richtete dort, Augustastraße 110, eine Schusterwerkstatt für Damen ein. Die Kurse sind nicht dazu bestimmt, Handwerkerinnen auszubilden, wohl aber den Frauen, die im eigenen Heim, z. B. in kinderreicher Familie den nöthigen Bedarf neu herstellen oder auch flicken wollen, die erforderliche Kenntniß beizubringen. Auch erstrebt Frl. Zimmermann, Damen zu Lehrerinnen in dieser Kunst auszubilden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Eine Feuersbrunst hat, wie aus Sprottau gemeldet wird, in der Donnerstag Nacht das vierstöckige Spinnereigebäude der Strumpfwaaren-Firma Paul Schnorpfeil total vernichtet. Sämmtliche Maschinen und erhebliche Wollenvorräthe sind verbrannt. Der Schaden ist indeß durch Versicherung gedeckt. — Bei Gemünden wurden zwei Bahnarbeiter, als sie einem anderen Zuge auswichen, vom Aschaffenburger Schnellzug todtgefahren. — Ein Unglücksfall ereignete sich Mittwoch Nachmittag bei einem Jagdausflug, den ein Fabrikant in Kassel mit einem andern Herrn zu Wagen in das von ihm gepachtete Revier des Habichtswaldes unternahm. Eines der auf dem Bock untergebrachten Gewehre ging, als der Wagen anhielt, infolge eines noch nicht aufgeklärten Zufalls los und der Schuß traf den Kutscher so unglücklich in den Kopf, daß der Tod unmittelbar eintrat. — Feuer brach am Donnerstag Abend 8½ Uhr auf der Altofener Schiffswerft in Budapest aus, durch welches das Röhrenmagazin und ein Theil der Kesselschmiede zerstört wurden. — Infolge einer Kesselexplosion wurden an Bord des Dampfers „Eugenia" 50 Personen getödtet, darunter 27 Mann von der Besatzung. Der Dampfer befand sich zwischen Tomsk und Barnaul. — Freitag früh überschwemmte während des mit heftigen Regengüssen verbundenen Sturmes eine Meereswelle den Kai und einen Theil der Stadt Berdjanck (Asow'sches Meer). Der Schaden ist bedeutend, es sind auch Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Der fromme Hödel. Unter dem Titel: „Ein halbes Jahrhundert im Dienste von Kirche und Schule" veröffentlicht der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Karl Schneider seine Lebenserinnerungen, die manches Interessante bieten. Schneider, ein Mitarbeiter Falcks und ein Gegner der kirchlichen Orthodoxie, erinnert u. A. an den Attentäter Hödel. Er betont die religiöse Gesinnung Hödels: „Auch das ruchlose Attentat des unseligen Hädel wagte man für Angriffe gegen die Unterrichtsverwaltung auszubeuten. Es wäre viel leichter gewesen, am Beispiele dieses frivolen Menschen nachzuweisen, mit welchen Gefahren die Uebersättigung der Kinder mit religiösem Memorirstoff verbunden ist. Hödel hatte seinen Schulunterricht erst in einer Armenschule zu Leipzig und dann in einer Zwangs-Erziehungsanstalt zu Zeitz genossen; dort war in dem Lehrplan der Schule das Maß des religiösen Memorirstoffs noch reichlicher bemessen, als die Regulative vorschrieben. Er hatte auch wirklich ein reiches Wissen und prahlte damit. Als der Minister das erfuhr, ersuchte er mich, den Mann im Gefängniß zu besuchen und zu prüfen. Das Ergebniß war überraschend, sowohl, was den Besitz, als was das Verständniß des Stoffes anlangte. Als er mir das Adventslied: „Wie soll ich Dich empfangen" aufsagte, forderte ich ihn auf, den Vers zu sprechen, der ihn beunruhigen müßte. Lächelnd erwiderte er: „Sie meinen: „Er kommt einst zum Gerichte";" dann berief er sich darauf, daß Christus selbst verlangt habe, man solle seine Feinde umbringen, und zitirte dafür aus dem Gleichnisse von den anvertrauten Pfunden, Lukas 19, 12—27, den Vers: „Doch Jene, meine Feinde, die nicht wollten, daß ich über sie herrschen sollte, bringet her und erwürget sie vor mir!" — Und für diesen Hödel, den frommen Schwärmer für das Evangelium, der in seiner Tollheit blinde Schüsse abfeuerte, hat man dann die gottlose Sozialdemokratie verantwortlich gemacht und zwölf Jahre lang durch ein ruchloses Gesetz geknebelt. Man wußte oben wohl, was für ein religiöser Mensch der Hödel war, dennoch hat man den Verrückten geköpft und die religionsfeindlichen Sozialdemokraten der Schuld an dem Streich eines Religiös-Wahnsinnigen angeklagt.

Majestät, das kann Ihnen doch nicht passiren! Die „Köln. Ztg." berichtet von der Feier der Einweihung des neuen Rathhauses in Elberfeld, daß der Kaiser zu dem Stadtverordneten Himmelmann, der den Ehrentrunk gestiftet hatte, sagte: „Mache Ihnen mein Kompliment zu dem Trunk und bedauere, daß ich den Becher nicht habe austrinken können. Wenn ich so gut zu trinken verstände, wie meine Vorfahren zu den Zeiten Joachims, dann würde ich ihn in einem Zuge geleert haben. Würde ich ihn austrinken, dann würde mich der hohe Rath die Treppe hinabtragen können." Herr Himmelmann bemerkte: „Majestät, das kann Ihnen doch nicht passiren", worauf der Kaiser lachend erwiderte: „Na, na, wir wollen es doch lieber lassen."

Milde Richter. Zwei Forstakademiker, die Herren Gustav v. Platen und Jasper v. Oertzen standen dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Eberswalde, um sich wegen verschiedener Ausschreitungen zu verantworten, die sie in der Nacht zum 28. Februar dieses Jahres begangen hatten. Ein Nachtwächter verwies die beiden zur Ruhe, als sie in der erwähnten Nacht auf der Straße einen heillosen Lärm verübt hatten, worauf sie, nach dem „General-Anzeiger für Eberswalde" den Beamten umsprangen wie Indianer auf dem Kriegspfade und ihn mit rohen Schimpfworten beleidigten. Als ein anderer Nachtwächter seinem Kollegen zur Hilfe kommen wollte, erhielt er von v. Oertzen einen Säbelhieb auf die Schulter; beim Transport nach der Wache leisteten die beiden Studenten ebenfalls Widerstand. Der Gerichtshof sah die Sache außerordentlich milde an und verurtheilte den v. Platen nur zu 20 Mk., den v. Oertzen hingegen zu 100 Mk. Geldstrafe. — Arbeiter, die im Lohnkampf einem Streikbrecher oder Unternehmer ein paar harte Worte zuriefen, sind bekanntlich zu monatelanger Gefängnißstrafe verurtheilt worden!

Nansen in Bedrängniß. Vor längerer Zeit schon trat der englische Navigationslehrer Plumstead mit der Behauptung auf, daß Nansen's Berechnungen von seinen Schlittenreisen im hohen Norden nicht richtig seien. Nach der deutschen nautischen Zeitschrift „Hansa" (Hamburg) sind diese Angriffe für Nansen ungünstiger geworden, weil Plumstead von dem norwegischen Forscher auf alle die unvereinbaren Widersprüche, die ersterer ihm — in seinem Buche „Im hohen Norden" einerseits und mehreren Aufsätzen im „Daily Chronicle" andererseits — nachgewiesen hatte, trotz aller Anstrengungen nur die eine Antwort erhielt: „Fridjof Nansen habe keine Zeit, auf derartige Angriffe zu antworten." Da Plumstead mit dieser lakonischen Antwort nicht zufrieden war, sondern die „Royal Geographical Society" in London, in der Nansen mehrere Vorträge, im Inhalt übereinstimmend mit den Artikeln des „Daily Chronicle", gehalten hatte, aufforderte, den Forscher zu einer Erklärung zu veranlassen, griff das Interesse für den Meinungsaustausch immer weiter um sich. Zwar hat die Geographische Gesellschaft dem Wunsche des unermüdlichen Navigationslehrers nicht entsprochen, statt dessen ist ihm aber in Wien ein sehr werthvoller Bundesgenosse geworden. Kein geringerer als Admiral von Brosch, seiner Zeit Begleiter Payers auf dessen bekannter Forschungsreise ins Polargebiet, unterstützt nicht nur in einem längeren Aufsatz in der Zeitschrift der Geographischen Gesellschaft in Wien das Bestreben des Engländers, sondern er fordert Nansen unzweideutig auf, Erklärungen über die nicht wegzustreitenden Widersprüche zu geben. Daß es gerade ein Oesterreicher ist, der Herrn Plumstead die hilfreiche Hand bietet, hat einen besonderen Grund. Unter anderen anfechtbaren Behauptungen hat Nansen auch die aufgestellt, er habe auf seiner Schlittenfahrt das seiner Zeit von Payer entdeckte Wilczeck-Land nicht gefunden, obgleich er sich in der vom österreichischen Forscher dafür angegebenen Lage aufgehalten. Kurze Zeit nach dieser Mittheilung kehrte die Wellmann'sche Expedition mit der Nachricht zurück, daß sie auf dem Wilczeck-Land verweilt habe. — Nansen wird wohl jetzt kaum anders können, als zu antworten. Denn die ganze wissenschaftliche Welt hat ein Interesse an dem Streitfall.

Ratten als — Schoßthiere. Seit einiger Zeit sind die kleinen lebendigen Schildkröten, deren Rückenschild mit Edelsteinen besetzt war, bei amerikanischen Damen nicht mehr modern. Man hat jetzt eine ganz sonderbare zoologische Laune: man schwärmt jenseits des Meeres für eine Art großer Ratten aus Peru! Diese Thiere haben keinen Schwanz, aber einen dunklen, langen und dichten Pelz. Die Frauen tragen die große Ratte wie einen kleinen Hund unter dem Arm. Spleenig!

„Das Kind da, das hat mich aufgefunden — und weil ich's hörte, was geschehen ist, bin ich gekommen —"

Er bringt's aber nicht fertig, hinzuzufügen, daß er versuchen will, von Nutzen zu sein.

Die braunen, leuchtenden Frauenaugen heften sich fest auf seine Züge, gleiten auf und ab an seiner stattlichen Gestalt — es ist plötzlich, als habe Ursel Schülin für nichts andres mehr Verständniß, als daß der Hans zurückgekommen ist. Und Mariannle steht dabei und blickt bald den Reiter, bald die Mutter an.

So fühlt sich Liesle Kun denn berufen, die Familienehre und Trauer zum Ausdruck zu bringen. Sie hebt ein weißes Tuch an die runden blauen Augen und sagt: „Ach ja, schrecklich ist's, was einer erleben thut, wenn er alt wird, Herr Stöcklin! Und nun ist die Ursel auch eine Wittib in so jungen Jahren! Daß es mich getroffen hat, gleich am Tag nach der Tauf' von den Büblein, das thun Sie auch wohl noch nit wissen, Herr Stöcklin! Ja, der Taufstag ist die letzt' Freud' von dem Jörg gewesen! Ach, wie mir's noch denkt, was das für eine Lust gewesen ist. Und haben Sie das schöne Weibsbild, 's hat den gar ausländischen Namen „Mirelle" gehabt — den i hab' nimmer vergessen können, haben Sie das gefreit, Herr Stöcklin?"

Es ist, als muß der sich besinnen. „Mirelle," sagt er dann langsam, „nein! Und ich bin überhaupt ledig geblieben."

Ein Leuchten auf Ursels Zügen, die andre Wittwe erschrickt ordentlich darüber. Sie redet nur um so rascher.

„Ja, so jung sind meine Bueble verweist worden! Und das Mariannle ist's nun auch! Hab Dich nit, Kind, ändern läßt's sich nimmer! Aber von dem Herrn Stöcklin ist's eine rechte Freundschaft, daß er kein' Anstoß dran nimmt und da her geht, in das Haus, wo er nix als Thränen sieht."

Mariannle schlüpft an die Mutter heran und zeigt ihre lachenden Augen.

„Daß Du's weißt, i hab'n unter der Platan gefunden und wie er mich geseh'n hat, ist's ihm wie ein Schreck gewesen und „Ursel" hat er gerufen — gelächert hat mich's, Mütterle —"

„Unter der Platane," sagt Ursel und sieht dem Hans in die Augen, als wolle sie tief in seiner Seele lesen, „da sind wir vor zehn Jahren gesessen — an dem Abend ist mein Vater gestorben —"

Hans nickt. „Ich bin gekommen, um mein Beileid —"

„Beileid?" unterbricht ihn Ursel — „nein! um Dich mit mir zu freuen, daß meine Pein ein End' hat — siebzehn lange Jahre! O, ist das eine Zeit gewesen. Einholen kann sie niemand, aber mein Bestes will ich thun und sie vergessen."

Eine wilde Freude ist in ihr, vor der selber der schwarze Hans ein wenig erschreckt.

„Ich komm' von Stuttgart," wendet er sich halb dem Liesle zu, „und hab' einmal herschaun'n wollen —"

„Freilich," sagt die, „da ist ja auch noch 's Häusle von der Marzel. Das Einärmle hat den Schlüssel abgeliefert und 's nicht verwalten woll'n; sie haben gesagt die Dirn sei Dir nach! Das ist wohl doch nit wahr gewesen."

Er verneint's mit Kopfschütteln und sagt dann: „So hab ich ja auch ein Dach über'm Haupt und will gleich hin. Wohnlich wird's nimmer sein — aber immer doch ein Dach!"

Da kommt Ursel wieder heran, obwohl sie mit den Leuten zu thun gehabt, ist ihr doch kein Wort entgangen von seiner Rede.

„Da hinauf, Hans, laß ich Dich nimmer gehn. Hier bleibst — 's Gastzimmer ist in Ordnung" spricht sie gebieterisch.

Liesle zupft sie, aber sie giebt nicht Acht darauf.

„Sollst auch willkommen sein, hier, denn jetzt bin ich Herr!"

Sie richtet sich zu ihrer ganzen Höhe auf und mit dem Fieberroth auf den Wangen und dem Glänzen in ihren Augen, sieht sie jung und schön aus — so, wie der Hans sie nicht zu finden geglaubt hat, als er neben ihrer großen Tochter, ihrem jungen Ebenbild einhergeschritten ist. Und sie blickt den Mann an — seine Figur ist die gleiche, geschmeidige wie früher, die funkelnden Augen und die wilden, schwarzen Haare sind's wie ehe, das Braune der Gesichtsfarbe ist einen Ton bleicher geworden, Linien um Mund und Nase reden von Lebenserfahrung und Genuß — aber schön ist er ebenfalls noch, so recht in seinen besten Jahren.

Die alte Wittib stößt ihre zwei blondlockigen Buben, die ihr gefolgt sind, nicht gerade sanft von sich und sagt: „Uebereil auch nix, Ursel. Du bist in Betrübniß, sind erst Stunden, nach denen Deine Wittwenschaft zählt, da nimmt Dir der Herr Hans oder wie er sonst heißt, Monsieur Jean, es nit übel — und spricht im Adler vor um ein Zimmerle —"

Eh Hans aber nur eine Gegenrede geben kann, ruft Ursel: „Mariannle, schau, daß Du den hältst, den Du hergeführt hast. Zu einer bessern Stund' kommt' er nit kommen —"

„Ein Gast," beharrt Jörg Kuns Wittwe, „kommt noch zu früh, wo der Mann vom Haus noch über der Erd' liegt —"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich, — Verleger: Theod. Schwarz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.